

[Kat.]
B.

Die polnische Bewegung in Oberschlesien

3

Eine Denkschrift

von Germanicus

Mit 1 Karte



UNIwersYTET GDAŃSKI
INSTYTUT HISTORII
Gdańsk - Oliwa
ulica Wita Stwosza 55

2545

Berlin, im September 1925

Die nationalpolnische Bewegung in Oberschlesien besteht kaum ein halbes Jahrhundert. Ein Blick auf die Ergebnisse der Reichstagswahlen seit Gründung des Deutschen Reiches zeigt, daß die polnischsprechende oberschlesische Bevölkerung noch fast bis zur Jahrhundertwende in nennenswertem Umfange nicht das Bewußtsein gehabt hat, in nationaler Beziehung eine Sonderstellung einzunehmen oder gar sich zur polnischen Nation zu zählen. Das nach den Teilungen Polens früher oder später einsetzende Bestreben nach Wiederaufrichtung des Polnischen Staates beschränkte sich naturgemäß zunächst auf die Teilgebiete, in den zu Preußen gekommenen Bezirken namentlich auf die Provinz Posen. Noch um die Mitte des 19. Jahrhunderts dachte man in führenden polnischen Kreisen aber nicht daran, auch Oberschlesien in den Kreis ihrer Bestrebungen zu ziehen, ja es gab sogar in noch späteren Jahrzehnten gewichtige polnische Stimmen, die im Hinblick auf die offen zugegebene anders geartete Struktur Oberschlesiens es geradezu ablehnten, die nationale Propaganda auf Oberschlesien auszudehnen. Die polnisch-sprechenden Oberschlesier dachten in diesen Jahren gar nicht an einen nationalen Zusammenhang mit Polen. Ganz abgesehen davon, daß es hier im Gegensatz zu anderen östlichen Landesteilen des Preussischen Staates einen polnisch orientierten Großgrundbesitz und einen polnischen Mittelstand von Bedeutung, mit anderen Worten eine führende Schicht, nicht gab, mangelte es für eine natürliche Annäherung an die polnische Nation an den beiden Hauptbanden nationalen Zusammenhanges, Sprache und Kultur. Denn die slavische Mischsprache eines großen Teiles der oberschlesischen Bevölkerung, die oberschlesisch-polnische Mundart, ist ein Relikt, der vom Hochpolnischen so weit entfernt ist, daß sich diese beiden Sprachstämme nicht ohne weiteres verstehen. Zudem ist sie mit Germanismen so reichlich durchsetzt, daß man zeitweise von einem absoluten Ueberwiegen des deutschen Sprachschates sprechen muß. Original-polnische Bestandteile enthält sie nur noch für die einfachsten Begriffe; alle neueren Ausdrücke in kultureller und wissenschaftlicher Beziehung sind vom Deutschen abgeleitet und vielfach nur notdürftig mit

einer polnischen Endung versehen. Auch die ganze Art des Denkens in der Sprache ist deutsch. Die Kultur aber war im Laufe der Zeiten gleichfalls deutsch geworden. Oberschlesien fühlte sich daher national-politisch keineswegs als Fremdkörper im Preussischen Staate und im Deutschen Reiche. Der Gedanke der Zugehörigkeit des obereschlesischen Volkes zur polnischen Nationalität mußte daher, wenn es schließlich hier zu einer national-polnischen Bewegung gekommen ist, von außen in das Land hereingetragen werden. Bei den bereits erwähnten begreiflichen Bestrebungen des geteilten Polen, alle für diese Bewegung irgendetwie in Frage kommenden auch weiteren Gebiete zunächst aus wirtschaftlichen und kulturellen, dann auch aus politischen Gründen zusammenzufassen, um der Bewegung eine möglichst breite Grundlage zu geben, war es allerdings nicht verwunderlich, daß die polnische Propaganda ihr Augenmerk über die eigentlichen Teilaebiete hinaus schließlich auch auf Oberschlesien warf. Der Schlüssel dafür, daß die großpolnische Propaganda überhaupt mit der Möglichkeit eines gewissen Erfolges in Oberschlesien rechnen durfte, liegt in dem damaligen Tiefstande der wirtschaftlichen und sozialen Lage des arößten Teiles der obereschlesischen Bevölkerung, besonders im obereschlesischen Industriebezirk. Man darf hierbei nicht vergessen, daß die Leibeigenschaft in Oberschlesien erst um die Mitte des 19. Jahrhunderts aufgehoben wurde. Infolge der raschen industriellen Entwicklung in einem großen Teile des gemischtsprachigen Gebietes kam die Bevölkerung aus der Hörigkeit des Großgrundbesitzes unvermittelt in die Abhängigkeit der Industrie, ohne daß sie sich wie in anderen Teilen Deutschlands in ruhiger Entwicklung auf diesen gewaltigen Wechsel vorbereiten konnte. Die daraus folgende soziale Schwäche mußte zu Reaktionen führen, und es war nicht schwer, der Bevölkerung in dem deutschen Industrieunternehmer nicht nur den wirtschaftlichen, sondern schließlich auch den politischen Feind zu zeigen. Dazu kamen die bedauerlichen Auswirkungen des Kulturkampfes, die den polnischen Agitatoren als willkommenes Hilfsmittel im Kampfe gegen die Preussische Regierung erschienen. Naturngemäß mußte es noch eine Reihe von Jahren dauern, ehe der Boden für eine öffentliche Propaganda im national-polnischen Sinne reif erschien. Auf dem Umwege über eine geschickte Ausschachtung konfessioneller, wirtschaftlicher und sozialer Fragen aing man daran, mit den falschen Schlagworten der polnischen Muttersprache und der polnischen Kultur der Oberschlesier eine national-polnische Bewegung zu entfachen auf einem Boden und bei einer Bevölkerung, bei denen, wie bereits bemerkt, weder geschichtliche Unterlagen noch sprachliche und kulturelle Verhältnisse von vornherein eine natürliche Basis dafür boten.

Die breite deutsche Öffentlichkeit war daher mit Recht überrascht, als sie seinerzeit kurz vor der Jahrhundertwende durch die Abgabe polnischer Wahlstimmen in Oberschlesien von dem Vorhandensein einer nationalpolnischen Bewegung, die bereits seit den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts zunächst im stillen zu wirken begonnen hatte, erfuhr. Denn der Öffentlichkeit pflegen politische Strömungen ja meist erst durch die Aufstellung besonderer Kandidaten bei den Wahlen bekannt zu werden. Wenn nun die Stimmenergebnisse zwar kein absolut sicheres Barometer für eine politische Bewegung darstellen, so wird man ihnen wegen ihrer Augenfälligkeit doch einen wichtigen Platz bei der Betrachtung einräumen müssen. Deshalb sei hier kurz auf die Entwicklung der polnischen Wahlstimmen in Oberschlesien eingegangen.

Zum ersten Male tauchen bei der Reichstagswahl am 15. Juni 1893 und zwar lediglich im Wahlkreise Ratibor 5749 polnische Stimmen auf, denen 10 279 deutsche Stimmen gegenüberstehen. Bei der gleichen Wahl werden im Wahlkreise Beuthen—Tarnowitz für den einen Zentrumskandidaten 10 120, für den die damalige Politik der Preussischen Regierung gegenüber den nicht-deutschsprachigen Bevölkerungsteilen nicht billigenden Zentrumskandidaten Major a. D. Szmula 21 887 Stimmen abgegeben, Szmula wird gewählt, der Warnruf aber nicht beachtet. Man hat oft mißverständlicherweise von polnischen Zentrumsstimmen gesprochen. Daß aber in jenen Jahren von einer eingewurzelten nationalpolnischen Bewegung in Oberschlesien noch keine Rede sein kann, zeigt das Ergebnis der Reichstagswahl am 16. Juni 1898. Diesmal werden in den Wahlkreisen Beuthen—Tarnowitz und Ratibor keine polnischen Wahlstimmen abgegeben, dagegen in den Wahlkreisen Kreuzburg—Rosenberg und Gleiwitz—Lublinitz, dort 12, hier 40. Die Erscheinungen in den Wahlkreisen Beuthen—Tarnowitz und Ratibor zeigen also noch die mangelnde Bodenständigkeit und Popularität der Bewegung. Im gleichen Jahre wird der Zentrumsmann Szmula im Wahlkreise Oppeln in der Stichwahl mit 8 696 Stimmen gegen 7 008, die auf einen anderen Zentrumskandidaten fallen, gewählt. Daß man die auf Szmula gefallenen Zentrumsstimmen auch jetzt noch keineswegs als Äußerung einer nationalpolnischen Einstellung ansehen darf, zeigt die Reichstagswahl am 16. Juni 1903, bei der im Wahlkreise Beuthen—Tarnowitz neben einem die versöhnende Richtung Szmulas vertretenden Zentrumskandidaten, dem früheren Kohlenmesser Krolitz, ein nationalpolnischer Kandidat aufgestellt war. Szmula und Krolitz, dieser in der Stichwahl gegen den sozialdemokratischen Kandidaten, werden gewählt. Im Wahlkreise Katto-

witz—Zabrze aber, der bisher keine polnischen Stimmen aufzuweisen hatte, zeigt sich plötzlich der erste große Erfolg der langsam, aber stetig von außen her in das Land hereingetragenen zunächst rein sozial aufgemachten nationalpolnischen Propaganda der letzten Jahre. Korfanty wird in der Stichwahl mit Hilfe der beim ersten Wahlgang dem sozialdemokratischen Kandidaten zugefallenen Stimmen mit knapper Mehrheit (23 550) gegen den Zentrums- mann (22 875) gewählt; im ersten Wahlgange hatte Korfanty 11 670 Stimmen, der Sozialdemokrat 10 044 Stimmen erhalten. Oberschlesien hatte damit den ersten nationalpolnischen Abgeordneten. Bei der Ersatzwahl im Jahre 1906 wird auch im Wahl- kreise Beuthen—Larnowitz der Pole Napieralski gleich im ersten Wahlgange mit 25 922 Stimmen gegen 7 763 Zentrumsstimmen, 7 231 rechtsliberale und 6 260 sozialdemokratische Stimmen ge- wählt, ein weiterer Erfolg der inzwischen erstarkten nationalpol- nischen Propaganda. Diese setzt nunmehr, durch den Erfolg er- mutigt, in verschärftem Maße ein. Die Reichstagswahl am 25. Januar 1907 läßt 5 nationalpolnische Kandidaten in den Wahl- kreisen Oppeln (Pfarrer Brandys), Gleiwitz—Lublinitz (Pfarrer Jankowski), Beuthen—Larnowitz (Napieralski), Rattowitz— Zabrze (Korfanty) und Pleß—Rybnik (Pfarrer Skowronski) siegen, in Gleiwitz—Lublinitz allerdings erst in der Stichwahl gegen den Zentrumsmann. In diesem Wahlkreise wird am 12. Januar 1912, einem Tage, der die nationalpolnischen Stim- men in ganz Oberschlesien um 21 461 zurückgehen läßt, in der Stichwahl mit Hilfe der Liberalen wieder der Zentrumsmann gegen nationalpolnische und sozialdemokratische Stimmen gewählt, während in den anderen 4 Wahlkreisen die Polen, mit Ausnahme von Pleß—Rybnik allerdings erst in der Stichwahl, sich noch siegreich behaupten.

Einen Ueberblick über die Reichstagswahlen im ungeteilten Oberschlesien für die Zeit von 1871—1912 gibt die nachstehende Statistik:

Wahltag	Konser- vative	Liberalen	Zentrum	Sozialde- mokraten	Polen	Abge- ordnete
3. 3. 1871	66 566	6 169	54 000	—	4	— 7 K., 5 3.
10. 1. 1874	54 932	7 263	103 590	—	1	— 4 K., 8 3.
10. 1. 1877	49 978	9 703	119 623	—	4	— 1 K., 11 3.
30. 7. 1878	62 476	10 262	123 534	—	19	— 2 K., 10 3.
27. 10. 1881	20 186	6 848	124 688	—	34	— 12 3.
28. 10. 1884	20 853	8 849	123 616	—	30	— 1 K., 11 3.
21. 2. 1887	69 112	206	149 167	—	302	— 1 K., 11 3.
20. 2. 1890	33 169	3 787	144 742	—	3 920	— 1 K., 11 3.

Wahltag	Konser- vative	Liberalen	Zentrum	Sozialde- mokraten	Polen	Abge- ordnete
15. 6. 1893	35 278	3 566	128 143 + 21 887 *)	4 758	5 749	1 R., 11 3.
16. 7. 1898	20 925	1 874	130 612 + 6 440 *)	25 943	52	1 R., 10 + 1 3.
16. 6. 1903	22 884	4 687	120 893 + 29 029 *)	27 765	44 175	1 R., 9 + 1 3. 1 P.
25. 1. 1907	42 698	21 996	92 361	—	18 830 115 090	1 R., 6 3. 5 P.
12. 1. 1912	17 598	37 704	111 903	—	42 492 93 629	1 R., 7 3. 4 P.

Die vorliegende Abhandlung soll sich mit den Verhältnissen im deutschgebliebenen Teile Oberschlesiens beschäftigen. Es erscheint daher angebracht, ein zahlenmäßiges Bild über die Entwicklung der polnischen Wahlstimmen vom ersten erfolgreichen öffentlichen Auftreten der polnischen Bewegung im Jahre 1903 bis zur Gegenwart zu geben, wobei auch für die Zeit vor der Teilung Oberschlesiens die durch die Grenzfürung zer schnittenen Kreise nur mit den bei Deutschland verbliebenen Gemeinden berücksichtigt sind.

Lfd. Nr.	Ortschaft	Wahlergebnis									
		am 16. 6. 1903 zum Reichstag	am 25. 1. 1907 zum Reichstag	am 12. 1. 1912 zum Reichstag	am 19. 11. 1919 zum Reichstag	am 23. 3. 1921 zur Volks- abstimmung	am 19. 11. 1922 zum Reichstag	am 4. 5. 1924 zum Reichstag	am 21. 5. 1924 zum Reichstag	am 7. 12. 1924 zum Reichstag	
		Polen %									
1	Beuthen L.-Kreis	58,6	63,0	43,1	70,2	62,3	23,1	9,0	12,5	10,5	
2	Larnowitz Rest-Kreis	82,7	79,9	44,4	80,6	75,9	32,8	13,6	23,1	16,9	
3	Cosel Land-Kreis	8,2	39,7	41,9	21,7	24,4	7,5	10,4	7,3	7,7	
4	Falkenberg Land-Kreis				2,7		0,5	0,7	0,6	0,6	
5	Gleitwitz Land-Kreis		57,8	51,1	62,7	56,5	21,7	15,5	14,3	14,0	
6	Groß-Strehlitz Ld.-Kreis	7,9	48,6	56,1	57,0	50,5	30,9	22,0	19,6	21,1	
7	Guttentag Rest-Kreis			58,9	49,7	40,2	18,1	16,8	13,0	11,5	
8	Hindenburg Rest-Kreis	53,3	47,4	27,4	57,1	42,3	9,0	5,9	6,9	5,0	
9	Kreuzburg Land-Kreis	0,04	13,8	11,0	3,1	4,2	0,4	0,99	1,0	0,9	
10	Neustadt O.S. Ld.-Kreis	0,0	0,1	0,7	3,3	11,9	2,9	4,3	3,9	3,5	
11	Oppeln Land-Kreis		63,5	51,3	39,4	30,6	21,7	25,2	23,8	25,6	
12	Ratibor Land-Kreis			28,9	35,0	31,6	21,3	22,2	15,6	15,7	
13	Rybnitz Rest-Kreis			49,3	64,6	51,4	26,8	16,5	10,7	9,9	
14	Rosenberg Land-Kreis	6,97	60,1	65,9	35,7	31,8	17,1	16,8	15,4	15,0	
15	Beuthen Stadt-Kreis		21,6	39,0	29,8	20,9	5,6	3,5	3,8	3,2	
16	Gleitwitz Stadt-Kreis			12,7	23,9	21,1	2,5	2,4	1,7	1,5	
17	Oppeln Stadt-Kreis		15,7	8,2	6,6	5,1	1,2	1,8	1,3	1,4	
18	Ratibor Stadt-Kreis	7,8	12,1	13,0	11,1	9,1	5,0	5,8	4,1	4,3	
	Zusf.			33,4	37,1	31,9	12,5	10,6	9,5	9,5	
	Unter Berücksichtigung der Kreise Grottkau, Leobschütz, Nellse u. Stadtkreis Nellse.						10,1	8,7	7,9	7,8	

*) Zentrumstimmen der Richtung Szmulas.

In verhältnismäßig sehr wenigen Jahren war also eine polnische Bewegung entstanden, die in dem Ergebnis der Reichstagswahlen am 25. Januar 1907 ihren siegreichen Ausdruck fand. Nach den Ursachen ihres Entstehens und Wachstums war es aber nichts Unnatürliches, daß sie nicht allzu lange sich auf dieser Höhe halten konnte. Bei ihren Anhängern geboren aus dem verständlichen Drange nach Verbesserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage, der von den nationalpolnischen Führern zur Verschleierung der politischen Ziele in den Vordergrund geschoben wurde, mußte die Bewegung in dem Augenblicke an Stoßkraft verlieren, wo rein wirtschaftliche Organisationen ohne nationalpolitische Färbung die bedrohten Interessen zielbewußter und erfolgreicher zu vertreten verstanden, und andererseits die anfangs im Hintergrunde schlummernden nationalpolitischen Bestrebungen der polnischen Agitatoren dem von Hause aus dagegen abgeneigten Oberschlesier immer deutlicher in die Erscheinung traten. Die Reichstagswahl am 12. Januar 1912 zeigt schon, daß die junge Bewegung ihren Kulminationspunkt überschritten hat. Bei einem Gesamtrückgange der polnischen Stimmen um 21 461, also fast um 20 %, ist der Verlust im Industriebezirk besonders augenfällig, während bei der Erkenntnis neuer Verhältnisse und einer dementsprechenden Umstellung schwerer zugänglichen Bevölkerung der ländlichen Bezirke ein solcher Rückgang nicht so zu beobachten ist. Bei dieser letzten Probe vor dem Kriege betrug in den wenn auch nur teilweise gemischtsprachigen Stadt- und Landkreisen des bei Deutschland verbliebenen Teiles von Deutschoberschlesien — also ohne Berücksichtigung des Stadtkreises Reisse und der Landkreise Grottkau, Leobschütz und Reisse — der Anteil der polnischen Stimmen immerhin noch 33,4 %. Der für Deutschland unglückliche Ausgang des Weltkrieges mit seiner düsteren wirtschaftlichen Zukunft und die nahe Möglichkeit einer Angliederung von Oberschlesien an Polen verfehlen ihre suggestive Wirkung auf die labilen Teile der oberschlesischen Bevölkerung nicht. Die polnische Propaganda macht sich diese Umstände bei den Wahlen zu den Gemeindevertretungen am 9. November 1919 zu Nuge, das Ergebnis ist ein Anwachsen der polnisch orientierten Stimmen auf 37,1 %, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß diesmal zum ersten Male auch die weibliche Bevölkerung der polnischen Agitation ausgesetzt war. (Bei den Nationalversammlungswahlen Anfang 1919 waren polnische Kandidaten noch nicht aufgestellt). Wie bereits hervorgehoben, lassen die besonderen Umstände bei dieser Wahl im November 1919 jedoch keinen Schluß auf die nationalpolitische Einstellung zu. Schon bei der Plebiszitabstimmung am 20. März 1921 werden trotz der für eine freie Betätigung der deutschen Gesinnung bestehenden Hemmungen durch die fremdländische Be-

satzung und trotz des von nationalpolnischer Seite mit allen erdenklichen Mitteln ausgeübten Druckes und Terrors nur 31,9 % aller Stimmen im heutigen Deutsch-Oberschlesien für einen Anschluß an Polen abgegeben. Ein einigermaßen ungetrübtes Bild läßt sich aber erst aus den Willensäußerungen der ober-schlesischen Bevölkerung gewinnen, die nach Wiederherstellung normaler Verhältnisse und nach Eintehr von Ruhe und Frieden in Deutsch-oberschlesien ihren Ausdruck gefunden haben. Die Reichstagswahl am 19. November 1922 ergibt für die gemischtsprachigen Stadt- und Landkreise Deutsch-oberschlesiens 51 188 polnische Stimmen gegen-über 358 767 deutschen Stimmen, also nur noch einen Anteil von 12,5 %. Am 4. Mai 1924 werden nur 49 198 polnische Stimmen gegenüber 416 958 deutschen Stimmen abgegeben; der Prozent-satz sinkt damit auf 10,6 %. Die Reichstagsnachwahl am 21. Sep-tember 1924 zeigt gar nur 36 020 polnische Stimmen = 9,5 %. Allerdings hatte diese Wahl allgemein eine besonders schlechte Wahlbeteiligung aufzuweisen. Wenn daher bei der Reichstags-wahl am 7. Dezember 1924 wieder 41 980 polnische Stimmen ab-gegeben werden, so ist hieraus etwa kein neues Erstarken der polnischen Bewegung zu folgern. Im Gegenteil, der Anteil der polnischen Stimmen geht langsam, aber ständig zurück, wie fol-gender Ueberblick zeigt. In ganz Deutsch-oberschlesien wurden an polnischen Stimmen gezählt:

am 19. 11. 1922	51 190 = 10,1 ⁰ / ₀
„ 4. 5. 1924	49 259 = 8,7 ⁰ / ₀
„ 21. 9. 1924	36 079 = 7,9 ⁰ / ₀
„ 7. 12. 1924	42 051 = 7,8 ⁰ / ₀

Dieser stete Rückgang, der in den letzten zwei Jahren 9 139 Stimmen = 17,8 % ausmacht, ist zunächst um so überraschender, wenn man bedenkt, daß die nationalpolnische Propaganda, durch die Bestimmungen des Genfer Vertrages über den Schutz der Minderheiten vor Eingriffen des Staates in ihrer unbehinderten Entfaltung stark gesichert, durch die Tätigkeit des Bundes der Polen in den Jahren seit 1923 stark zugenommen hat. Diese überraschende Erscheinung findet ihre Erklärung darin, daß die ober-schlesische Bevölkerung in ihrer Gesamtheit, auch wenn sie eine dem Hochpolnischen nicht fernstehende slavische Mischsprache spricht, von Haus aus mit nationalpolnischen Bestrebungen nichts gemein hat und in den letzten Jahrzehnten zum eigenen Schaden nur künstlich in eine nationalpolnische Bewegung durch ver-hehende Propaganda hineingetrieben worden ist.

Die vorliegende Betrachtung hat es sich zur Aufgabe gemacht, die historische Entwicklung der polnischen Bewegung in Ober-schlesien nur in ganz kurzen Zügen zu streifen und ein Bild von

den Methoden der **gegenwärtigen** polnischen Propaganda zu entwerfen. Bevor wir uns aber mit diesen im einzelnen befassen, sei noch ein Wort über die Entwicklung in den einzelnen Kreisen gestattet. Im engeren Industriebezirk (Stadtkreise Beuthen und Gleiwitz und Restlandkreise Hindenburg, Beuthen, Tarnowitz und Gleiwitz) beträgt nach dem Ergebnis der letzten Reichstagswahl am 7. Dezember 1924 der Anteil der polnischen Stimmen nur 7 % — gegenüber einem Gesamtdurchschnitt von 7,8 % in ganz Deutsch-Oberschlesien und 9,5 % in den gemischtsprachigen Kreisen — und hat gegenüber dem 19. November 1922 um 8 824 Stimmen, d. h. um 42 % abgenommen. Dieser auffällige Rückgang bei einer Durchschnittsabnahme der polnischen Stimmen in ganz Oberschlesien um 17,8 % ist bezeichnend für die inneren Triebkräfte der polnischen Bewegung. Die Besserung der wirtschaftlichen Lage des Industriearbeiters durch Erstarkung der deutschen Industrie und Wirtschaft im Verein mit dem katastrophalen Niedergang der Industrie in Ostoberschlesien einerseits und die Erkenntnis der wahren Ziele der polnischen Propaganda andererseits haben dieser den Boden entzogen. Man könnte zu der Auffassung neigen, einen großen Teil der früher polnisch orientierten Arbeitnehmer aus naheliegenden Gründen in den Reihen der stark angewachsenen kommunistischen Partei wiederzufinden und einen Rückfluß von dieser zur Polnischen Volkspartei als der Sammelstelle der nationalpolnisch eingestellten Oberschlesier zu gegebener Zeit befürchten zu müssen. Es ist richtig, daß eine nicht unerhebliche Masse früher polnisch eingestellter Arbeiter die Reihen der K. P. D. verstärkt hat. Die Befürchtungen über ein Rückfluten dieser Leute ins nationalpolnische Lager verlieren jedoch ihren Boden, wenn man erwägt, daß die bei der Reichstagswahl am 4. Mai 1924 über alles Erwarten auf 130 306 Stimmen gekommene K. P. D. am 7. Dezember 1924 die Hälfte verloren hat, die polnischen Stimmen im Industriebezirk aber nichts davon profitiert haben, im Gegenteil von 13 137 auf 12 392 gesunken sind. Daß örtliche Gewinne der Polen auf Kosten der Kommunisten hier und da in kleinerem Umfange vorgekommen sind (z. B. in einigen Industriegemeinden des Kreises Beuthen), kann an dem Gesamtbilde nichts ändern. Der unabwendbare Rückfluß von der K. P. D. wird sich vielmehr nach den bisherigen Erfahrungen voraussichtlich in größerem Umfange zur Sozialdemokratischen Partei, in geringerem Umfange zu den deutschen bürgerlichen Parteien vollziehen.

Während auch die Kreise Rosenberg, Groß Strehlitz, Guttentag, Ratibor—Rybnik einen nicht unerheblichen Rückgang der polnischen Stimmen aufzuweisen haben, zeigt der, wenn auch keinesfalls bedrohliche Zuwachs in den Kreisen Kreuzburg, Fal-

tenberg, Neustadt und in der Stadt Oppeln, daß die polnische Propaganda immer noch eine gewisse Stoßkraft besitzt und den Drang nach dem Westen nicht aufgegeben hat.

Nur der Landkreis Oppeln macht bei dieser Betrachtung eine betrübliche Ausnahme. Gegenüber Ende 1922 sind hier die polnischen Stimmen in den letzten zwei Jahren von 8 799 (= 21,7 %) auf 11 327 (= 25,6 %), also um 2 528, d. h. um 28,7 % gestiegen, um so bedrohlicher, wenn man sich vergegenwärtigt, daß sie in ganz Oberschlesien um 17,8 %, im Industriebezirk um 42 % gefallen sind. Der Kreis Oppeln hat danach 26,9 % aller polnischen Stimmen in Deutschoberschlesien aufzuweisen. Es ist selbstverständlich, daß diese Erscheinung ihre besonderen Ursachen hat. Sie hier erschöpfend zu behandeln, ginge über den Rahmen der vorgesehenen Betrachtung hinaus. Einer der Hauptgründe ist darin zu suchen, daß in Oppeln die Zentrale des Polenbundes für ganz Deutschoberschlesien sich befindet. Hier sind die Agitations- und Propagandamittel für die polnische Bewegung massiert, hier wird die polnische Zeitung „*Nowiny Codzienne*“, das Organ und Sprachrohr des Polenbundes, herausgegeben. Der Kreis Oppeln mit seinem hohen Prozentsatz gemischtsprachiger Bevölkerung stellt daher für die polnische Propaganda das nächste und natürlichste Betätigungsfeld dar.

Der bereits erwähnte „Bund der Polen in Deutschland“ (Związek Polaków w Niemczech), am 27. August 1922 in Berlin mit dem Sitz daselbst gegründet und am 6. November 1923 in das Vereinsregister des Amtsgerichts Berlin eingetragen, stellt die Zentrale und das Rückgrat der polnischen Bewegung in Deutschland und in seinem oberschlesischen Teilverbände für Deutschoberschlesien dar. Welche Bedeutung dabei vom Polenbunde gerade Deutschoberschlesien beigemessen wird, erhellt schon aus dem äußerlichen Umstande, daß Oberschlesien den Teilverband I mit dem Sitz in Oppeln bildet. Der Polenbund ist eine ausgesprochene politische Kampforganisation. Er selbst bezeichnet sich als organisatorischen Zusammenschluß der polnischen Minderheit in Deutschland und faßt in seinem Programm (vergleiche zum Beispiel Nr. 89 und 90 der in Allenstein erscheinenden „Gazeta Olsztyńska“ vom 13. und 15. April 1924) seine Aufgabe in zweifacher Richtung auf:

Nach außen will er der polnischen Minderheit im Verhältnis zum Deutschen Reiche und zu der deutschen Bevölkerung sowie im Verhältnis zur Kirche ungehinderte national-kulturelle Entwicklung gewährleisten und ihre Mitglieder in jeder Hinsicht schützen. Nach innen, im Verhältnis zur polnischen Minderheit, will er über das national-soziale polnische Leben machen und die polnische Kultur pflegen. Um diese Zwecke zu erfüllen, hat er es sich in seinem Programm zum Ziele gesetzt, für völlige staatsbürgerliche Gleichheit der Angehörigen der polnischsprechenden Minderheit, für den ungehinderten Gebrauch der polnischen Sprache im öffentlichen Verkehr mit den Behörden und im Privatleben, für polnische Schulen und Unterrichtsanstalten, ja sogar für autonome Verwaltung und autonome Gerichtsbarkeit in Kreisen oder Gemeinden mit überwiegend polnischem Element zu kämpfen. Neuerdings hat er sogar die Forderung nach einem eigenen Minderheitsparlament und einem eigenen Minderheitsminister erhoben. Zu einem großen Teile sind diese Ziele lediglich propagandistischer Natur. Gerade in Deutschoberschlesien ist ihnen aber im Hinblick auf die im Genfer Abkommen über Oberschlesien vom 15. Mai 1922 enthaltenen Bestimmungen über den Schutz der nationalen

Minderheiten eine bedeutend größere praktische Bedeutung beizumessen. Auf eine Reihe der im Programm des Polenbundes enthaltenen Forderungen ist der polnisch-sprechenden *) Minderheit in Deutsch-Oberschlesien unter gewissen Voraussetzungen ein Anspruch eingeräumt und einer internationalen Stelle, dem Präsidenten der Gemischten Kommission, die ihren Sitz in Kattowitz in Polnisch-Oberschlesien hat, die Befugnis zur Beaufsichtigung der Durchführung dieser Bestimmungen mit dem Recht der Vorlage von Beanstandungen an den Völkerbundsrat in Genf zuerkannt. In Deutsch-Oberschlesien hat also der Polenbund, dank dieser internationalen Bestimmungen über den Schutz der nationalen Minderheit und dank seiner besonderen Stellung als anerkannte Interessenvertretung dieser Minderheit, in Bezug auf die Vertretung und Durchsetzung seiner programmatischen Forderungen eine ganz besondere Stellung, die seiner Propaganda für die national-polnische Bewegung ganz natürlich einen starken Stützpunkt gewährt und von ihm ebenso natürlich auch im vollen Umfange ausgenützt wird.

Der Polenbund in Deutsch-Oberschlesien (Teilverband I des Bundes der Polen in Deutschland) ist in einer am 18. Februar 1923 in Beuthen O/S. abgehaltenen Sitzung organisch gegründet worden. Die Zentrale wurde alsbald nach Oppeln, dem Sitz der ober-schlesischen Provinzialbehörden, gelegt. Die Persönlichkeit der Führer des Polenbundes ist für die Beurteilung der Bewegung nicht unwichtig. Seit der Gründung steht an der Spitze des ober-schlesischen Polenbundes der Direktor der Bank Ludowy in Ratibor, Kasimir Malczewski. Außer ihm kommen an führenden Persönlichkeiten des Polenbundes noch der Gewerkschaftssekretär Ambrosius Bordzik in Hindenburg, der Bankbeamte Leo Powolny und der Redakteur Wenzel Jankowski in Oppeln, vor allem aber der Sekretär des Teilverbandes Oberschlesien, Stefan Szczepaniak in Oppeln, in Frage. Wenn man sich die Herkunft der Hauptführer des Polenbundes näher ansieht, zeigt sich, was man von der angeblich aus der Ueberzeugung der ober-schlesischen gemischtsprachigen Bevölkerung stammenden national-polnischen Bewegung zu halten hat, und wie sich auch hier wieder als Triebfedern nicht-einheimische Kräfte zeigen. Bis auf Bordzik sind es nicht aus Oberschlesien stammende Personen, die die Führung des Polenbundes in der Hand haben und seine Richtung bestimmen. Malczewski und Powolny sind in der früheren preußischen Provinz Posen geboren, dieser in Grabow, jener im Kreise Wirsz, Jankowski ist gleichfalls gebürtiger Posener, Szczepaniak stammt aus dem Kreise Mansfeld in der Provinz Sachsen. Szczepaniak

*) Unter polnischer Sprache versteht der Verfasser hier wie später die ober-schlesisch-polnische Mundart im Gegensatz zur deutschen Sprache.

arbeitete vor seiner Berufung nach Oberschlesien in der polnischen Arbeiterbank (Bank Robotników) in Bochum und wurde von der Zentrale des Polenbundes eigens nach Oberschlesien geschickt, um hier die polnische Organisation im einzelnen einzurichten. Interessant ist es, daß ein im Juni 1924 im „Kurjer Lwowski“ in Lemberg erschienener Artikel, also eine zweifellos unverdächtige und gewiß gut unterrichtete Quelle, ausdrücklich hervorhebt, daß das Verdienst für die Aufziehung der polnischen Organisation in Deutschoberschlesien in vollem Umfange einzig und allein den westfälischen, also nicht einheimischen Polen, zukommt. Noch zu Beginn des Jahres 1923 war von einer polnischen Organisation, wenn auch nur in loserem Zusammenhange, in Deutschoberschlesien seit Abzug der Besatzung nichts vorhanden. Lediglich die polnisch eingestellten gewerkschaftlichen Organisationen fristeten im Industriebezirk ein mehr als kärgliches Dasein. Die dem Sekretär Szczepaniak gesetzte Aufgabe war daher nicht leicht, und ihre Durchführung ging naturgemäß nur sehr langsam vor sich. Erst im Spätsommer 1923 traten die Erfolge der Propagandatätigkeit mehr an die Öffentlichkeit. Im August 1923 erließ der Teilverbandsvorstand, unterzeichnet Malczewski und Szczepaniak, einen Aufruf, in dem er die bisherige Ruhe in der Tätigkeit des Polenbundes mit der Lage der Verhältnisse erklärt und mit dem 1. September den Eintritt in einen neuen Arbeitszeitabschnitt ankündigt. Seitdem ist der Polenbund rührig am Werke, um zunächst seine eigene Organisation zu verbreiten und in den gemischtsprachigen Kreisen von Deutschoberschlesien Fuß zu fassen. Er sucht sich zunächst durch Gründung von Ortsgruppen in besonders hierfür in Betracht kommenden Orten Zellen zu schaffen und diese nach Möglichkeit freisweise in besonderen Kreisorganisationen zusammenzufassen, die ihrerseits ihre Spitze im Teilverbandsvorstande mit dem Sitz in Oppeln haben. Besondere Kreisgeschäftsstellen des Polenbundes bestehen in Oppeln, Groß-Strehlik, Beuthen, Gleiwitz, Cosel und Ratibor; sie sind mit einem besoldeten Kreissekretär besetzt, dem je nach Bedürfnis noch weitere Hilfskräfte beigegeben sind. Diese Kreisorganisationen erhalten ihre Weisungen vom Zentralvorstand in Oppeln und geben sie den Vertrauensleuten der einzelnen Ortsgruppen in Form mündlicher Belehrungen und Richtlinien bei Gelegenheit von Kreisvertrauensmännerversammlungen weiter. In der einzelnen Ortsgruppe spielt die Hauspropaganda von Mund zu Mund die Hauptrolle. Schriftliche Anweisungen, insbesondere an die einzelnen Ortsgruppen und Vertrauensleute, werden nach Möglichkeit vermieden.

Die Taktik der polnischen Propaganda ist darauf eingestellt, zunächst hier und dort polnische Zellen in Form von Ortsgruppen

des Polenbundes zu schaffen und sie durch Errichtung polnischer Minderheitsschulen und Gründung von wirtschaftlichen und kulturellen Vereinen zu stärken. Ist eine solche Zelle einigermaßen ausgebaut, so werden von ihr aus die umliegenden Gemeinden in Angriff genommen, wobei der Hinweis auf das Vorbild der bereits aufgebauten polnischen Zelle auf die anderen Gemeinden anfeuernd und ermutigend wirken soll.

Die Notwendigkeit der Organisierung in polnischen Vereinen wird der Bevölkerung gegenüber damit begründet, daß der Staat ihre polnische Muttersprache, Kultur und Nationalität ausrotten wolle, und die Möglichkeit zur Erhaltung und Rettung dieser heiligen Güter nur im organischen Zusammenschluß in den polnischen Vereinen und Organisationen liege. Der Staat und die deutsche Bevölkerung betrachteten die polnisch-sprechende Bevölkerung als Bürger 2. Klasse und behandelten sie dementsprechend. Diesem unwürdigen Zustande könne die oberschlesische Bevölkerung nur durch Bildung einer gemeinsamen Abwehrfront begegnen. In den Minderheitsschutzbestimmungen des Genfer Vertrages sei ihr Recht auf die nationalen Güter verbrieft; deshalb müsse sie diese Rechte auf jeden Fall in Anspruch nehmen. Vorstaatsseitiger Benachteiligung sei sie durch die internationalen Bestimmungen und die Möglichkeit eines Einschreitens der Gemischten Kommission geschützt.

Diese Argumente verfehlen angesichts der Vorkommnisse in der Vergangenheit dann eine gewisse Wirkung besonders auf die unaufgeklärte ländliche Bevölkerung nicht, wenn Ausschreitungen gegen Angehörige der Minderheit den Eindruck verstärken helfen. Darum benützt der Polenbund auch jeden noch so belanglosen Vorfall, der sich in dieser Richtung bewegt, um in der Öffentlichkeit, durch die Presse wie in Versammlungen, über die ungerechte Behandlung der polnisch-sprechenden Minderheit, natürlich mit den erforderlichen Verdrehungen und Uebertreibungen, zu klagen und der Bevölkerung die Notwendigkeit des organisatorischen Zusammenschlusses damit recht drastisch vor Augen zu führen. Gleichzeitig verbindet er damit Beschwerden und Vorstellungen bei den internationalen Stellen, um auch die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit auf das angeblich harte und ungerechte Los der polnisch-sprechenden Minderheit unter der deutschen Herrschaft zu lenken. Zu diesem Zwecke unterhält er bei den Kreisgeschäftsstellen Büros zur Erteilung unentgeltlicher Rechtsauskunft und sendet Agenten in die einzelnen Gemeinden, um von Haus zu Haus Material für solche Beschwerdefälle zu sammeln. Dabei scheut er vor Verdrehungen und Unwahrheiten keineswegs zurück, wie die Erfahrung gelehrt hat.

Bei seiner Propaganda hat der Polenbund dem alten Erfahrungsgrundsatz: „Wer die Jugend für sich hat, dem gehört die Zukunft“, eine sehr große Rolle zuerkannt. Er sieht nicht mit Unrecht die polnische Schule als die Grundlage der polnischen Kultur und nationalen Existenz an und versucht mit allen Mitteln der Agitation, die polnischsprechende Jugend in polnischen Schulen erziehen zu lassen. Er weiß sehr wohl, daß ein Schulkind, das die deutsche Schulerziehung genossen und deutsch denken und fühlen gelernt hat, trotz Gebrauchs der oberschlesisch-polnischen Sprache sich zum deutschen Kulturkreis zählt und im allgemeinen für die Bestrebungen der nationalpolnischen Bewegung, die ihm ja nichts bieten kann, nicht viel oder gar nichts übrig haben wird. Deshalb ist es ein selbstverständliches Bemühen des Polenbundes, möglichst viel Schulen mit polnischer Unterrichtssprache zu erlangen, um die Jugend von vornherein dem deutschen Kulturkreis zu entfremden und sie so für seine national-politischen Bestrebungen willfähriger zu machen. Die Fülle der Argumente, die der Polenbund bei diesem Kampfe besonders in der Presse und in der mündlichen Propaganda verwendet, läßt sich nicht wiedergeben. Der Grundton ist immer wieder der, daß die polnische Jugend in der deutschen Schule den schädlichen fremden (heißt: deutschen) Einflüssen unterliege, ihr polnisches Herz verliere und schließlich auch den Grundsätzen des angestammten Glaubens untreu werde; denn eine gute Erziehung, insbesondere in religiöser Beziehung, sei nur dann gesichert, wenn dem Kinde die Grundsätze des Glaubens in der polnischen Muttersprache beigebracht würden. In den sich überstürzenden einschlägigen Artikeln der polnischen Presse wird den Eltern immer wieder ihre Pflicht zur Erziehung der Kinder in diesem Sinne unter Hinweis auf ihre Verantwortlichkeit vor ihrem göttlichen Richter eingehämmert.

Der Hinweis auf die Muttersprache ist an und für sich nicht unberechtigt. Aber was der Polenbund verlangt, ist etwas ganz anderes. Die von ihm erstrebten Minderheitsschulen, auf die die Bestimmungen des Genfer Vertrages in Titel II, Kapitel IV, insbesondere in den Artikeln 105—114, der sprachlichen Minderheit

unter bestimmten Voraussetzungen einen Anspruch gewähren, nehmen auf dieses Argument ja gerade keine Rücksicht. Der Artikel 132 § 1 a. a. O. besagt ausdrücklich: Minderheitssprache als Unterrichtssprache im Sinne dieses Kapitels ist die korrekte polnische Schriftsprache, also das sogenannte Hochpolnisch. Für die Aufnahme dieser Bestimmung mag seinerzeit bei den Genfer Verhandlungen über das Abkommen schließlich die Rücksicht auf die deutsche Minderheit in Polnisch-Oberschlesien ausschlaggebend gewesen sein. Für die sprachliche Minderheit in Deutsch-Oberschlesien bedeutet sie etwas ganz Neues und widerspricht der Tendenz der Bestimmungen, die nach dem Eingang zu Titel II ja darauf abzielen sollte, den in jedem Teile des Abstimmungsgebietes bestehenden besonderen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Die obereschlesische gemischtsprachige Bevölkerung spricht weder hochpolnisch noch kann sie in ihrer Allgemeinheit hochpolnisch verstehen. Es ist daher eine mit den wirklichen Verhältnissen unvereinbare Verschiebung der Wünsche und Interessen der obereschlesischen Bevölkerung, wenn der Polenbund auf die Erziehung der polnischen Schulkinder in den polnischen Minderheitsschulen im Sinne des Genfer Abkommens drängt. Was die obereschlesische gemischtsprachige Bevölkerung allenfalls will, ist Erteilung des Religions-, Beicht- und Kommunionunterrichts in der obereschlesisch-polnischen Mundart, soweit die Kinder in ihren häuslichen Andachten und Gebeten diese Mundart gebrauchen. Das ist etwas ganz Natürliches und von der Preussischen Regierung bereits durch Erlass vom 31. Dezember 1918 geregelt. In dieser Verordnung ist auch dem etwaigen Bedürfnisse nach Verbesserung der polnischen Sprachkenntnisse durch Zulassung polnischen Schreib- und Leseunterrichts Rechnung getragen. Aber grundlegend ist auch hier, daß es sich lediglich um ein Unterrichtsfach handelt und die Unterrichtssprache, ebenso wie für die anderen Fächer, die deutsche ist. Die polnische Minderheitsschule nach dem Genfer Abkommen ist aber eine Schule mit hochpolnischer Unterrichtssprache. Es kann auch dem Polenbunde nicht unbekannt sein, daß damit in die obereschlesische Schuls Jugend etwas ganz Neues hineingetragen wird, was ihr wie der ganzen Bevölkerung von Grund auf fremd ist. Aber trotzdem und gerade deshalb führt er den Kampf um die hochpolnische Schule — nicht mit der Regierung, sondern mit den Eltern — um so nachdrücklicher, weil es in seine Tendenz paßt. Auf die Bedürfnisse und Wünsche der sprachlichen Minderheit kommt es ihm weniger an, zumal seine die Richtung bestimmenden Führer dieser Minderheit gar nicht angehören und daher auch kaum mit ihr fühlen und denken können und wollen. Sie wollen die obereschlesische gemischtsprachige Bevölkerung für ihre national-politischen Zwecke einspannen

und in sie den Gedanken einer nationalen Sonderstellung hinein-
tragen. Dieses mehr oder weniger verschleierte Ziel, eine national-
polnische Bewegung zu entfachen und zu erhalten, kann der Polen-
bund auf die Dauer aber nur dann mit Aussicht auf Erfolge ver-
folgen, wenn es ihm gelingt, die beiden Hauptbände nationalen
Zusammenhanges mit der polnischen Nation, die hochpolnische
Sprache und damit auch die nationalpolnische Kultur, in Deutsch-
Oberschlesien sich einwurzeln zu lassen. Der Polenbund weiß sehr
wohl, daß ein Schulkind, das vor dem Eintritt in die Schule im
Elternhause hauptsächlich die obereschlesisch-polnische Umgangs-
sprache gebraucht hat, in der polnischen Minderheitsschule zwei
Sprachen, die deutsche, mit der es aber immerhin zu m i n d e -
st e n schon in starke Berührung gekommen ist, und die ihm völlig
fremde hochpolnische Sprache lernen muß. Denn auch in der
polnischen Minderheitsschule wird vom dritten Schuljahre ab,
allerdings zunächst nur in 4 Wochenstunden, die deutsche Sprache
als Unterrichtsfach gelehrt. Und er kann sich auch nicht so weit
versteigen, die Notwendigkeit des Erlernens der deutschen Sprache
für einen deutschen Staatsbürger zu verneinen. Trotzdem ver-
sucht er wohl in Erkenntnis schon der pädagogischen Bedenken
gegen eine derartige Ueberlastung der Schulkinder, die schließlich
dazu führen muß, daß das Kind keine der beiden Sprachen or-
dentlich erlernt, die auf der Hand liegenden Einwände mit der
Behauptung abzufertigen, in der polnischen Minderheitsschule
lerne das Kind die deutsche Sprache besser als in der deutschen
Volkschule. Denn wenn das Kind eine „fremde“ (d. h. die
deutsche Sprache) lernen solle, müsse es erst die eigene (hochpol-
nische ?) beherrschen. Der Besuch der polnischen Minderheits-
schule statt der deutschen Volkschule stelle daher auch für das spä-
tere Fortkommen des Kindes im Berufsleben in Deutschland, wo-
vor viele Eltern mit Recht besonders bangen, einen Vorzug dar.
Diese Beweisführung spricht für einen Kenner der Verhältnisse
für sich allein.

Andererseits bemüht sich der Polenbund verständlicherweise,
die politischen Gründe seines Eintretens für polnische Minder-
heitsschulen nach Möglichkeit zu verdecken. Und da er selbst
seinen ausgesprochenen politischen Kampfscharakter nicht leugnen
kann, die allzu eifrige Befassung mit diesen Schulfragen ihn aber
hinsichtlich der damit erstrebten Ziele belasten könnte, ist er dazu
übergegangen, eine angeblich politisch neutrale Organisation für
die Schulfragen, wie sie auch in anderen Landesteilen Preußens
bereits bestand, den „Polnisch-katholischen Schulverein für das
Ostpreussische Schlesien“ (Polsko Katolickie Towarzystwo Szkolne na
Śląsk Opolski) zu gründen. Der Sitz dieser Organisation, deren
Satzung am 19. Oktober 1923 errichtet wurde, ist Beuthen O/S.

Der Verein ist am 10. Januar 1924 in das Vereinsregister des Amtsgerichts Beuthen O/S. eingetragen worden. Im Vorstand sind u. a. der derzeitige polnische Abgeordnete zum Preussischen Landtage, Pfarrer Klimas in Tarnau Kreis Oppeln, und der Vorsitzende des obererschlesischen Polenbundes, Bankdirektor Malczewski in Ratibor. Die eigentliche Leitung und Führung liegt in der Hand des Geschäftsführers Dr. Michalik, der nicht aus Oberschlesien, sondern aus Bottrop in Westfalen stammt und, wie in einer Denkschrift des Verbandes der polnischen Schulvereine in Deutschland (vergleiche Gazeta Olsztyńska Nr. 292/293 vom 16. und 17. Dezember 1924) ausgeführt wird, im Hinblick auf die besondere Bedeutung Deutschoberschlesiens als die beste vorhandene Kraft von der Berliner Zentrale nach Beuthen entsandt worden ist, ein erneuter Beweis für die Bewertung der Bedeutung der polnischen Entwicklung in Deutschoberschlesien für die ganze polnische Bewegung in Preußen und Deutschland. Im Februar 1924 (vergleiche Nowiny Codzienne Nr. 47 vom 26. Februar 1924) wandte sich der Polnisch-katholische Schulverein für Deutschoberschlesien zum ersten Male in einem Aufruf an die Öffentlichkeit. Hierin bezeichnet er als seine Aufgabe die Hebung des kulturellen Standes der polnischen Bevölkerung in Deutsch-Oberschlesien, die Erhaltung und Pflege der polnischen Muttersprache sowie die moralische Erziehung der Jugend. Diese Ziele will er durch Eröffnung und Unterhaltung von Schulen im Sinne der Bestimmungen des Artikels 113 der Reichsverfassung und des Genfer Vertrages, durch Unterstützung der studierenden Jugend und durch Pflege des polnischen Kirchen- und Volksliedes erreichen. Der bereits oben angedeutete eigentliche Beweggrund für diese Sondergründung erhellt aus der auffälligen Betonung der Trennung der Schulangelegenheiten von den allgemeinen politischen Angelegenheiten auch durch Schaffung einer besonderen Schulorganisation. Der polnische Schulverein will, wie er ausdrücklich hervorhebt, damit zum Ausdruck bringen, daß die Schule nur für Erziehungszwecke, nicht für andere Zwecke gefordert werde, und er erhofft davon ein Aufhören des Vorwurfes, es würden mit der Schule politische Ziele verfolgt. Diese Erklärung kann die wahren Ziele, die mit der polnischen Schule verfolgt werden, kaum verdecken. Die Tatsachen sprechen eine andere Sprache. Schon die personelle Verbindung mit dem Polenbunde in der Person des Bankdirektors Malczewski — außerdem umfaßt der Beirat des Schulvereins fast nur führende Persönlichkeiten des Polenbundes — spricht dagegen und zeigt, daß der Polenbund sich den maßgeblichen Einfluß auf den Verein gesichert hat. Die praktische Betätigung bestätigt dies. In einer Besprechung des Ausganges der Reichstagswahlen am 7. Dezember 1924 beklagt

sich z. B. die in Berlin erscheinende polnische Zeitung „Dziennik Berliński“ (Nr. 260 vom 11. Dezember 1924) über den Verlust an polnischen Wahlstimmen und erklärt, es sei Sache des Polenbundes und des Verbandes der Schulvereine (!), den Weg und die Mittel zu finden, die für eine Stärkung der Polen von Einfluß sind. In der Praxis beschäftigt sich der polnische Schulverein in Oberschlesien vorwiegend mit der Werbung für die Errichtung polnischer Minderheitsschulen. Die Vertretung der Schulinteressen gegenüber den amtlichen Stellen überläßt er aber vollkommen dem Polenbunde, ja er vermeidet es geradezu, nach außen als selbständige Organisation aufzutreten. Man kennzeichnet seine Stellung am besten, wenn man in ihm lediglich eine besonders gut ausgestattete Propagandaabteilung des Polenbundes für das äußerst wichtige Gebiet der Schule erblickt. Auch der polnische Schulverein sucht für seine Zwecke Ortsgruppen zu bilden, denen es dann an erster Stelle obliegt, für die Errichtung bezw. Verbreitung der örtlichen Minderheitsschule zu arbeiten. Bisher sind aber Ortsgruppen des Schulvereins in nennenswertem Umfange nicht gegründet worden.

Die nationalpolnische Gefahr einer Ueberziehung des gemischt-sprachigen Gebietes von Deutschoberschlesien mit polnischen Minderheitsschulen darf keinesfalls unterschätzt werden. Es darf allerdings nicht vergessen werden, daß das Deutsche Reich und die Preussische Regierung an die Bestimmungen des Genfer Vertrages vom 15. Mai 1922 gekunden sind und diese lonal durchführen müssen. Nach Artikel 106 § 1 dieses Abkommens muß eine Minderheitsschule eingerichtet werden auf den Antrag eines Staatsangehörigen, der von den Erziehungsberechtigten von mindestens 40 Staatsangehörigen Kindern einer sprachlichen Minderheit unterstützt wird, wenn diese Kinder im schulpflichtigen Alter stehen, zum Besuch der Volksschule bestimmt sind und zu demselben Schulverbande gehören. Dabei ist zu bedenken, daß diese Zahl nur für die Errichtung der Schule erforderlich ist. Ist ein derartig unterstützter Antrag einmal gestellt, so darf die Rücknahme von Anträgen oder ein tatsächlich geringerer Besuch nicht berücksichtigt werden. Auf das Eingehen gering besuchter Schulen findet vielmehr die Bestimmung des Artikels 108 § 1 a. a. O. Anwendung. Danach dürfen Minderheitsschuleinrichtungen erst dann wieder aufgehoben werden, wenn ihre Schülerzahl in drei aufeinander folgenden Schuljahren hinter der für ihre Begründung maßgebenden Zahl 40 zurückbleibt; die Aufhebung kann ausnahmsweise schon nach Ablauf eines Schuljahres angeordnet werden, wenn während dieses Schuljahres die Kinderzahl ununterbrochen geringer war als die Hälfte der vorgesehenen Mindestzahl. Diese Bestimmungen stellen einen außerordentlich starken

Schutz für die Errichtung polnischer Minderheitsschulen dar. Denn wenn es einmal gelungen ist, Erziehungsberechtigte für 40 Kinder zur Unterschrift des Antrages auf Errichtung der Minderheitsschule zu überreden, so ist die Regierung zur Einrichtung der Schule verpflichtet. Besonders in der ersten Zeit scheuten sich die Agitatoren nicht, für die Erziehungsberechtigten selbst die Unterschrift auf den Antragsformularen zu vollziehen oder statt des in erster Linie erziehungsberechtigten Vaters die mehr beeinflussbare Mutter zur Unterschrift zu veranlassen. Ja, es ist sogar vorgekommen, daß die Kinder selbst oder andere nicht berechnete Personen die Unterschrift auf dem Antragsvordruck geleistet haben. Deshalb sah sich die Regierung genötigt, die Beglaubigung der Unterschrift, zu der jetzt jede ein Amtssiegel führende Person, auch der Gemeindevorsteher, Ortspfarrer und Standesbeamte, zugelassen sind, zu fordern. Nach den gemachten Erfahrungen sollen etwa 17 % der Unterschriften ungültig gewesen sein. Recht bezeichnend für den Grad, in dem die gemischtsprachige Bevölkerung Deutschoberschlesiens die Errichtung der polnischen Minderheitsschule aus selbst gefühltem Bedürfnis wünscht, ist die Tatsache, daß etwa nur die Hälfte der Kinder, für die gültige Anträge auf Umschulung in die Minderheitsschule gestellt worden sind, tatsächlich nach Errichtung der Schule diese besucht haben. Es gibt ferner fast keine einzige Minderheitsschule, deren Besuchszahl gestiegen wäre, im Gegenteil, bei einer großen Zahl ist die Kinderzahl ganz bedeutend zurückgegangen, ja, eine Reihe von Schulen stehen heute nur noch auf dem Papier. Denn die oberschlesische gemischtsprachige Bevölkerung läßt sich etwas ihr innerlich Fremdes auf die Dauer trotz der schönsten Propaganda nicht ausdrängen. Der Polenbund und seine Presse haben den Mißerfolg schon längst eingesehen. Anstatt die wirklichen Gründe dafür einzugehen, wird diese Erscheinung benutzt, um sich fast täglich in scharfen Angriffen gegen die Preussische Regierung, die Polizei, die Lehrerschaft und die seinen Bestrebungen nicht holde Bevölkerung zu ergehen, von Terror und Verdummungspolitik zu schreien und über Unterdrückung der Minderheit Beschwerde zu führen. In Wirklichkeit hat die sprachliche Minderheit keine Veranlassung, sich zurückgesetzt zu fühlen. Die Bevölkerung selbst will die Minderheitsschule nicht, wenn sie erst einmal erfahren hat, was diese bedeutet und erstrebt, und es kann nicht Sinn und Aufgabe des Minderheitenschutzes sein, der Minderheit etwas aufzudrängen, was sie in Wahrheit ablehnt.

Daß der Regierung nichts ferner liegt, als die Minderheit ihres verbrieften Rechtes auf die Minderheitsschule zu berauben, zeigt die bisherige Haltung der Behörden in dieser Frage. Im Januar 1923 gingen die ersten beiden Anträge auf Einrichtung

solcher Schulen ein, denen im Februar ein dritter folgte. Obwohl es sich um etwas ganz Neues handelte und der Genfer Vertrag den sich zunächst ganz natürlich erhebenden schon technischen Schwierigkeiten in Artikel 106 § 2 dadurch Rechnung trägt, daß unbeschadet einer früheren Möglichkeit eine geräumige Frist für den Beginn des Schulbetriebes gesetzt ist — die Schulen müssen spätestens zu Beginn des nächsten Schuljahres eingerichtet sein, falls der Antrag mindestens 9 Monate vorher gestellt ist —, wurden diese Schulen und zwar in Kosmierka Kreis Groß-Strehlitz, Preschlebie Kreis Gleiwitz und Boguschieh Kreis Oppeln bereits am 1. Juni 1923 eröffnet und zwar mit einer Kinderzahl von 106 bzw. 54 bzw. 179. Die Zahl der gültigen Anträge betrug 106 bzw. 94 bzw. 179. In Boguschieh sank die Besuchsziffer aber schon am 7. Juni 1923 auf 30. Im August und September 1923 folgten dann die Schulen in Mikultschuh Restkreis Larnowitz mit 226 (266 gültige Anträge), Zaborze Restkreis Hindenburg mit 120 (173), Wellendorf und Zabeltau Kreis Ratibor mit 30 bzw. 43 (55 bzw. 47) und Stodoll Restkreis Rybnik mit 70 Kindern (73). Im November 1923 wurden weitere 8 Minderheitschulen in Friedrichswille Restkreis Larnowitz mit 73 Kindern (197), Gonschiorowitz Kreis Groß-Strehlitz mit 104 (104), Ostroppa, Koslow und Deutsch-Bernitz Kreis Gleiwitz mit 57 bzw. 59 bzw. 53 Kindern (57 bzw. 106 bzw. 62), Budzisk Kreis Ratibor mit 90 (90) und Biadacz und Malino Kreis Oppeln mit 65 bzw. 109 Kindern (65 bzw. 109) eingerichtet.

Diese 16 im Schuljahr 1923/24 eingerichteten Minderheitschulen haben mit zusammen 1438 Schülern begonnen; die Schülerzahl der einzelnen Schulen schwankte zwischen 30 und 226. Am Schlusse des Schuljahres wurden diese Schulen nur noch von insgesamt 1104 Schülern besucht. Die Besuchsziffer war demnach im Laufe des Schuljahres um 23,3 % gesunken. Die Schule in Deutsch-Bernitz wies zuletzt überhaupt keine Schüler mehr auf, da alle zur deutschen Volksschule zurückgetreten waren. Nach den Bestimmungen des Genfer Vertrages blieb die Schule als solche aber bestehen, wenn ihr Betrieb auch tatsächlich eingegangen war. Am 1. April 1924, zu Beginn des neuen Schuljahres 1924/25, waren auch für die Schule in Stodoll keine Schüler mehr da; die anderen 14 Schulen begannen mit insgesamt 901 Schülern. Dazu kamen 8 neue Schulen mit insgesamt 258 Schülern und zwar in Wieschowa Restkreis Larnowitz mit 80 (137 Anträge), Siedlisk Kreis Ratibor mit 40 (34 Anträge), Neu-Karmunkau Kreis Rosenberg mit 39 Kindern (43 Anträge), Rossorowitz und Alt-Schalowitz Kreis Oppeln mit 58 bzw. 11 (60 bzw. 108 Anträge) und Roschewitzwald Kreis Cosel mit 30 Kindern (60 Anträge). Die Einrichtung von Minderheitschulen in Ruda Kreis Ratibor und

Chroszczinna Kreis Oppeln war gleichfalls antragsgemäß erfolgt, die Schüler blieben aber aus. In Roschowitzwald sank die Besuchszahl bereits am 8. April auf 1 Kind, sodaß diese Schule ihren Betrieb gleichfalls tatsächlich schließen mußte. Im August 1924 wurde noch eine Schule in Wengern Kreis Oppeln mit 30 Kindern eröffnet; gestellt waren 56 Anträge, davon 30 gültige. Aus politischen Erwägungen hat man wohl hier wie auch in anderen Fällen über die Erfüllung der Mindestzahl offenbar hinwegsehen zu müssen geglaubt. Im Laufe des Jahres wurde die Schule in Zabelkau schülerlos, nachdem die Eltern ihre Kinder wieder der deutschen Schule zugeführt hatten. Am Schluß des Schuljahres 1924/25 gab es demnach 25 Minderheitsschulen, davon 6 ohne Schüler, mit insgesamt 1008 Schülern. Zu Beginn des Schuljahres 1925/26 wiesen die bisher bestehenden Schulen nur noch 835 Besucher auf, zu den 6 stillliegenden Schulen trat als siebente die in Gonschiorowiz. Ferner wurden auf Grund der gestellten Anträge 28 neue Schulen mit insgesamt 433 Kindern eröffnet, und zwar in Breske, Chronstau, Alt-Pöppelau, Goslawiz, Grudschütz, Bogtsdorf, Rgl. Neudorf, Sczeganowiz, Gorek, Mucheniz und Groschwitz Kreis Oppeln, Lasisk, Sandowiz und Stefanshain Kreis Groß-Strehlik, Studzienna, Markowiz und Zawada Herzogl. Kreis Ratibor, Smolniz, Zernik, Schalscha und Szechowiz Kreis Glewiz, Gziffek Kreis Cosel, Rostellik und Wyssoka Kreis Rosenberg, Sosniza und Biskupiz Kreis Hindenburg, Bobrek Kreis Beuthen und Städtisch-Dombrowa im Stadtkreise Beuthen. Davon sind fünf *) mangels Schülern nur theoretisch vorhanden, eine Schule (Sosniza) konnte bei Schulbeginn nur ein Kind begrüßen, 2 weitere Schulen hatten bei Beginn nur drei Besucher, davon die in Mucheniz alle drei aus ein und derselben Familie. Uberschaut man die bisherige Entwicklung der Minderheitsschule, so muß man zwar einen steten Zuwachs ihrer Zahl feststellen, ohne dabei allerdings vergessen zu dürfen, daß von 53 Schulen 13 auf dem Papier stehen. Das Ausschlaggebende ist aber die Besucherzahl, und diese ist, Schulbeginn 1923 mit Schulbeginn 1925 verglichen, trotz aller Anstrengungen seitens der polnischen Propaganda von 1 438 auf 1 268 gesunken, obwohl jene Zahl auf 16, diese auf 53 Schulen entfällt. Selbst wenn der 3. Zt. beobachtete allgemeine Schulkinderückgang mit berücksichtigt wird, bleibt, absolut genommen, immer noch ein unverhältnismäßiger Rückgang der Minderheitsschulkinder übrig. In den Gesamtschulverbänden dieser 53 Schulen waren übrigens am 1. Mai 1925 28 968 Kinder vorhanden, der Hundertsatz der Besucher von Minderheitsschulen beläuft sich daher auf 4,4 %, ein

*) Inzwischen sind einschließlic der Schule in Sosniza von den Anfang des Schuljahres 1925 neu errichteten 28 Schulen 7 Schulen schülerlos geworden.

Anteil, der für ganz Deutsch-Oberschlesien nicht einmal 0,7 % beträgt.

Der Stand des Minderheitsschulwesens am 1. Mai 1925 *) ergibt sich aus folgender Uebersicht:

Kreis	Zahl der Schulen	davon Schulen ohne Schüler	Besuchsziffer der Schulen	Schulkinder im Gesamtschulverband
1. Oppeln-Land	18	4	329	5 163
2. Ratibor-Rybnitz	9	3	103	1 611
3. Gleiwitz-Land	8	1	196	1 770
4. Gr. Strehlitz	5	1	132	830
5. Beuthen-Land	4	—	316	5 891
6. Hindenburg	3	2	106	7 000
7. Rosenberg	3	1	32	451
8. Cosel	2	1	36	371
9. Beuthen-Stadt	1	—	18	5 881
	53	13	1 268	28 968

Wie bereits angedeutet wurde, hat die Entstehung fast keiner einzigen bisher errichteten Minderheitsschule ihren Ursprung in dem freien Entschluß der Erziehungsberechtigten. Vielmehr muß nach den gemachten Erfahrungen das ganze fragwürdige Verdienst hierfür der Tätigkeit der vom Polenbunde selbst und durch den Polnischen Schulverein betriebenen unausgesetzten Propaganda zugeschrieben werden. Die Agenten des Polenbundes und des Polnischen Schulvereins suchen die Eltern der in Betracht kommenden Kinder einzeln in ihren Wohnungen auf und reden ihnen solange zu, bis sie den mitgebrachten vorgeschriebenen oder vorgedruckten Antrag auf Errichtung der Minderheitsschule unterzeichnen. Viele Eltern geben, wie sich einwandfrei nachweisen läßt, ihre Unterschrift, dem Druck folgend, nur ab, offenbar weil sie wissen, daß sie damit noch keine Verpflichtung eingehen, das Kind auch wirklich in die Minderheitsschule zu schicken. Den polnischen Agitatoren genügt aber zunächst der Besitz der Unterschrift, um die Errichtung der Minderheitsschule durchzusetzen. Ist diese dann errichtet, wird die Propaganda bei den schwankenden und widerstrebenden Eltern so lange fortgesetzt, bis sie das Kind tatsächlich in die polnische Schule senden. Sehr häufig ist auch beobachtet worden, daß die Kinder geradezu eine Abneigung gegen die polnische Minderheitsschule haben und durch Züchtigungen seitens der Erziehungsberechtigten zum Besuche der Minderheitsschule angehalten werden müssen. Durch eine solche Behandlung wird die Abneigung der Kinder keinesfalls behoben, und es kommt nicht selten vor, daß die Eltern aus Mitgefühl für die Kinder und, um Ruhe und Frieden in der Familie wieder herzustellen, die Kinder wieder aus der Minderheitsschule herausnehmen.

*) Inzwischen sind gemäß den Bestimmungen des Genfer Abkommens in Artikel 108 § 1 Abs. 2 fünf Minderheitsschulen, nämlich in Chroszczinna, Sudoll, Roschowitzwald, Deutsch-Bernitz und Ruda durch die Regierung geschlossen worden.

Die Propaganda für die Minderheitsschule beschränkt sich aber nicht auf Wort und Schrift. Kinderfeste mit Einbescherungen, „polnische Stunden“ (Schreiben, Lieder, Tanzweisen), unentgeltliche Lieferung der polnischen Schulbücher und des übrigen Lehrmaterials, private polnische Schreib- und Lesekurse für schulpflichtige Kinder durch polnische Funktionäre, ja sogar Sammelausflüge nach Polen (Warschau und Krakau), wie man sie im Sommer 1924 und 1925 mehrfach beobachten konnte, sind solche Mittel, um die vorhandenen und erhofften Besucher polnischer Minderheitsschulen zusammenzuhalten und sie für die Idee der polnischen Schule zu begeistern.

Nachdem es dem Polenbunde gelungen ist, eine ganze Reihe polnischer Minderheitsschulen durchzusetzen, richtet sich sein Kampf neuerdings gegen die an den Schulen tätigen Lehrer. Die an den oberschlesischen Volksschulen im gemischtsprachigen Gebiete beschäftigten Lehrkräfte beherrschen nämlich im allgemeinen das oberschlesische Polnisch genau so wie die Bevölkerung, können aber ebensowenig wie die gemischtsprachige Bevölkerung hochpolnisch. Artikel 132 des Genfer Abkommens verlangt aber, wie bereits erörtert, die Erteilung des Unterrichts an den Minderheitsschulen in der korrekten polnischen Schriftsprache. Und da zeigt sich auch hier wieder so recht das Fremdartige der ganzen Einrichtung: Die gemischtsprachige Bevölkerung, der man nach den Behauptungen des Polenbundes endlich das angeblich von ihr Erstrebte und ihr Gebührende in Form von polnischen Schulen geben will, kann selbst keine geeigneten Lehrkräfte für diese Schulen stellen. Diese müssen vielmehr erst durch von der Polnischen Regierung aus ihrem Lehrermaterial aus der früheren preußischen Provinz Posen zur Verfügung gestellte Kräfte in besonderen Kursen für die Aufgaben als Minderheitsschullehrer vorgebildet werden. Ende des Jahres 1924 Anfang 1925 war es sogar nahe daran, daß, wenigstens vorübergehend, polnische Lehrkräfte aus Galizien und anderen Teilen Polens als Lehrer an die polnischen Minderheitsschulen berufen werden sollten. Aber hierbei hatte der Polenbund sich in der Einstellung der oberschlesischen gemischtsprachigen Bevölkerung verrechnet; die auf das bloße Gerücht hin überall einmütig zu Tage tretende schärfste Ablehnung der der polnischen Minderheitsschule selbst freundlich gesinnten Kreise bedeutete dem Polenbunde die große Gefahr, die er selbst damit für seine Bestrebungen auf Verbreitung der Minderheitsschule heraufbeschwor. Umso mehr geht der Polenbund dazu über, sich mit den von der Regierung für die Minderheitsschulen vorgesehenen Lehrern zu befassen. Lehrer, die seinen Bestrebungen nicht hold sind, sucht er mit der Behauptung zu entfernen, sie dächten und fühlten nicht mit der Minderheit. Schaut man näher zu, so ergibt sich

meist die völlige Haltlosigkeit sachlich begründeter Vorwürfe; Sympathie mit den national-kulturellen Bestrebungen kann man aber nach den Bestimmungen des Genfer Abkommens von den Lehrern nicht verlangen. Es erscheint notwendig, einmal mit aller Deutlichkeit festzustellen, daß das Genfer Abkommen in Artikel 74 eine völkische, sprachliche und religiöse Minderheit unterscheidet, deren Kreise sich kaum immer decken werden. Der Polenbund versucht nun, die sprachliche Minderheit mit der völkischen zu identifizieren. Was die Minderheitsschule betrifft, so ist sie nach Artikel 106 § 1 a. a. O. nur für die **sprachliche** Minderheit vorgesehen, und wenn Artikel 113 Ziffer 1 a. a. O. verlangt, daß an Minderheitsschulen grundsätzlich nur Lehrer angestellt werden sollen, die derselben Minderheit angehören wie die Kinder, so kann damit unzweifelhaft auch nur die Zugehörigkeit der Lehrer zur **sprachlichen** Minderheit gefordert und nicht darüber hinaus verlangt werden, daß sie auch in völkisch-nationaler Hinsicht mit diesen etwa vorhandenen Bestrebungen einer Minderheit sympathisieren. Und wenn der Polenbund mit seinem Sprachorgan, den „Nowiny Codziennie“, sogar ein schriftliches Bekenntnis der an den Minderheitsschulen tätigen Lehrer zu den Bestrebungen der Minderheit, worunter in diesem Zusammenhange insbesondere die völkisch-nationale zu verstehen ist, fordert, so muß ein derartiges Verlangen im Hinblick auf Artikel 74 des Genfer Abkommens, wonach die Zugehörigkeit zu einer Minderheit von den Behörden weder nachgeprüft noch bestritten werden darf, entschieden zurückgewiesen werden. Ist der Staat auch nach dem Genfer Abkommen zur Einrichtung von Minderheitsschulen und Anstellung entsprechender Lehrer für die **sprachliche** Minderheit verpflichtet, so hat er keine Veranlassung, im Gegenteil die entgegengesetzte Pflicht, dahin zu wirken, daß auf diesem wichtigen Gebiete der Begriff der sprachlichen und **völkischen** Minderheit nicht verwischt wird.

Ein beliebtes Mittel, Material für eine angeblich minderheitsfeindliche Betätigung der Lehrer zu sammeln, besteht darin, daß die Agenten des Polenbundes und des Polnischen Schulvereins hinter dem Rücken des Lehrers die Schulkinder über diesen ausfragen und so die Schuldisziplin geradezu unterhöhlen und die Kinder in einen von diesen nicht gewollten Gegensatz zum Lehrer bringen. Ein solches Vorgehen ist schon vom erzieherischen Standpunkt aus unerträglich, und wie der Polenbund selbst im umgekehrten Falle darüber urteilt, zeigt eine Abhandlung in dem von seinem Vorsitzenden, dem Grafen Sierakowski, herausgegebenen Organ der nationalen Minderheiten Deutschlands, dem „Kulturwillen“ Jahrgang 1925 Heft 2 Seite 87/88.

Bei dem offen eingestandenem Mangel an geistigen Führern aus der oberschlesischen Bevölkerung selbst ist es für den Polenbund eine besonders bedauerliche Tatsache, daß er keine höheren Minderheitsschulen besitzt. Zwar gibt das Genfer Abkommen in Artikel 118, und zwar auch nur wieder der sprachlichen Minderheit, unter bestimmten Voraussetzungen einen Anspruch auf solche Schuleinrichtungen. Aber nach Lage der Verhältnisse werden in Deutsch-Oberschlesien sich diese Voraussetzungen in absehbarer Zeit wohl kaum einstellen. Um sich die erforderlichen geistigen Führer für die national-polnische Bewegung zu schaffen, strebt der Polenbund daher danach, solche Schüler auf mittleren und höheren Schulen in Polen für ihren künftigen Führerberuf auszubilden zu lassen. Im Zusammenhang damit sucht er sich der aus Deutsch-Oberschlesien stammenden Studierenden mit polnischer Einstellung als der künftigen geistigen Führer der polnischen Bewegung zu versichern. Zu diesem Zwecke wurde im August 1924 die polnische Akademikervereinigung „Silesia Superior“ mit dem Sitz in Oppeln gegründet, die alle polnisch orientierten Akademiker in der Provinz Oberschlesien umfassen soll und wohl in erster Linie eine wirtschaftliche Unterstützung der polnischen Studenten im Auge hat. Vorsitzender des Vereins ist der Student der Medizin Kosny aus dem Dorfe Chroszczütz bei Oppeln. Die Mitgliederzahl des Vereins wird etwa 20 betragen. In der Deffentlichkeit ist die Organisation noch nicht aufgetreten.

Das Bestreben der polnischen Bewegung, die Jugend für sich zu gewinnen, beschränkt sich naturgemäß nicht auf die Schule. Durch Gründung und Ausbau polnischer Jugendorganisationen versucht man, die ältere Schuljugend, namentlich aber die schulentlassenen jungen Leute, für den Gedanken des Nationalpolentums zu gewinnen. Man weiß sehr wohl, daß die „polnisch-sprechende“ oberschlesische Jugend, die die deutsche Volksschule durchgemacht hat, auch deutsch denken und fühlen gelernt hat und daher nationalpolnischen Bestrebungen nicht zugeneigt ist, und daß ferner der Besuch einer polnischen Schule nicht genügt, wenn die Schüler nach Beendigung der Schulzeit nicht ständig im Banne

der polnischen Ideen gehalten werden. Zur planmäßigen Bearbeitung der polnisch-sprechenden Jugend im nationalpolnischen Sinne wurde daher auf Veranlassung des Polenbundes im Sommer 1923 unter der Führung des sehr agilen Schriftleiters der Oppelner „Nowiny Codzienne“, Wenzel Sankowski, ein „Berein der oberschlesischen Jugend“ gegründet, der es sich zur Aufgabe machte, zunächst eine Anzahl geistig regsamer Jünglinge mit den Ideen der polnischen Jugendbewegung so vertraut zu machen, daß sie später in der Lage wären, in ihren Heimatdörfern polnische Jugendvereine aufzuziehen und zu leiten. Der Erfolg dieser Propaganda bestand in der Gründung einiger „polnisch-katholischer Jünglingsvereine“ in Oppeln und Umgegend sowie im Industriebezirk. Von einer einigermaßen bedeutenden Bewegung konnte jedenfalls nicht gesprochen werden; sie hielt sich bezeichnender Weise nur dort, wo in dem Vorhandensein einer polnischen Agitationszentrale ein ständiger Anreiz für diese Bestrebungen wachgehalten wird. Offenbar im Hinblick auf die verhältnismäßig geringen Erfolge der bisherigen Organisationsarbeit entschloß sich daher der Polenbund im Juli d. Js., innerhalb der eigenen Organisation eine Jugendabteilung zur Erfassung und Fortbildung der polnischsprechenden oberschlesischen Jugend im Sinne seiner national-polnischen Tendenzen zu gründen. Die Gründungsversammlung dieser Jugendabteilung hat am 5. Juli 1925 in den Räumen des Oppelner „Rola“ stattgefunden. Als Ziel und Zweck der polnischen Jugendvereine werden Erziehung im religiösen Sinne sowie Pflege der polnischen Muttersprache und des polnischen Nationalbewußtseins angegeben. Man verspricht sich von einer kräftigen polnischen Jugendbewegung für die älteren Kreise eine Wiedergeburt des national-sozialen Lebens, die Erneuerung des polnischen Geistes und damit schließlich eine Stärkung der gesamten polnischen Bewegung. Als Mittel zur Förderung der Jugendvereine sollen Pflege des polnischen Gesanges, Vorträge belehrenden und humoristischen Inhalts, Deklamationen, Veranstaltung von Ausflügen, Unterhaltungsabenden und Theater Vorstellungen dienen. Zur Verstärkung der Propaganda für die Belebung der polnischen Jugendbewegung gibt der Polenbund seit September d. Js. eine der polnischen Jugend gewidmete Monatschrift „Zdró“ (Der Born) heraus. Schriftleiter ist der Sekretär des Polenbundes Stefan Szczepaniak in Oppeln. Um die Jugend leichter für die polnische Zeitungslektüre zu gewinnen, hat auch der Verlag der „Nowiny Codzienne“ eine der polnischen Jugend gewidmete periodische Beilage geschaffen.

Die nach dem Weltkriege zahlreich auftretenden deutschen Jugendorganisationen mit äußerer soldatischer Aufmachung erschienen dank ihres äußeren Anreizes den polnischen Führern

als eine besondere Gefahr für die Entwicklung der polnischen Jugendbewegung. In der Erkenntnis, dieser Gefahr am besten durch Schaffung einer ähnlichen Organisation mit polnischer Färbung entgegenwirken zu können, ging man Ende des Jahres 1923 daran, eine polnische Pfadfinderorganisation nach dem Vorbilde der schon einige Jahre in Polen bestehenden Jugendvereinigung (Harcerze) zu gründen, wie sie bereits während der Plebiszitzeit hier und da in Oberschlesien bestanden hatte. Man wählte den gleichen Namen „Harcerze“ (Hatschier) und folgte auch in der Wahl der Ausrüstung dem nationalpolnischen Vorbild. Die Harcerze-Mitglieder tragen bei ihren Zusammenkünften dunkelblaue edige Mützen (sog. „Rogatka“), feldgraue Sportblusen mit übergeschalltem braunledernen Leibriemen und Kniehosen. An der Mütze ist ein etwa 5 cm langer weißroter Streifen (polnische Nationalfarben) angebracht (in Polen wird dafür der weiße Adler getragen). Mit den Harcerze in Polen besteht übrigens ein freundschaftliches Verhältnis.

Die Bewegung faßte zunächst im engeren Industriebezirk Fuß, und es entstanden im Laufe des Frühjahr und Sommers 1924 10 Ortsgruppen in Beuthen und Städtisch-Dombrowa bei Beuthen, in Mikultschütz, Pilzendorf, Wieschowa, Wiechowitz und Karf Kreis Beuthen—Tarnowitz, in Hindenburg und in Zernitz und Richtersdorf Kreis Gleiwitz. Später wurde noch eine Ortsgruppe in der Stadt Oppeln gegründet. Die Ortsgruppen in Wieschowa, Pilzendorf, Wiechowitz, Karf und Städtisch-Dombrowa konnten sich jedoch nicht lange halten und sind inzwischen wieder eingegangen. Anfang März 1925 trat eine Neuorganisation der polnischen Pfadfinder in Kraft. Es wurden drei Bezirke in Deutsch-Oberschlesien geschaffen, von denen der erste, Hindenburg-Gleiwitz, die männlichen Abteilungen in Richtersdorf, Hindenburg, Mikultschütz und Zernitz sowie die weiblichen Abteilungen in Richtersdorf und Hindenburg umfaßt. Die zweite Gruppe Beuthen O/S. bilden die zwei männlichen und eine weibliche Abteilung in Beuthen. Oppeln ist die dritte selbständige Gruppe. Schließlich hat sich eine in Berlin bestehende polnische Pfadfinderorganisation als vierte Gruppe der Gesamtorganisation, die sich jetzt „Polnischer Pfadfinderverband in Deutschland“ (Związek Harcerstwa Polskiego) nennt, angeschlossen. Die einzelnen Abteilungen zählen etwa 30—50 Mitglieder.

Im allgemeinen zeigt die Bewegung nur geringe Ausdehnungs- und Anziehungskraft; jedenfalls hat das Interesse im Vergleich zu der ersten Zeit nach der Gründung sichtlich nachgelassen. Lediglich die Ortsgruppe Beuthen O/S. zeigt einen merklichen Aufschwung, was offenbar darauf zurückzuführen ist, daß sich dort — am Sitze der Bezirksleitung — der Einfluß der führenden

Personen am meisten auswirkt. Nachdem nämlich zunächst der Bankbeamte Powolny in Oppeln als Protektor der Bewegung galt, liegt die Führung jetzt in den Händen des Geschäftsführers des polnischen Schulvereins Dr. Michalek in Beuthen, während Powolny stellvertretender Vorsitzender geworden ist.

Nach den Verbandsstatuten bezweckt die Vereinigung die Zusammenarbeit mit Familie und Schule auf dem Gebiete der Charakterbildung und der körperlichen Erziehung, die Pflege des nationalen Empfindens, die Bildung des Gemüts und die Vorbereitung zum sozialen Leben. Die praktische Betätigung besteht in Versammlungstätigkeit und Abhaltung von Gesangsabenden, Veranstaltung von Ausflügen, Übungsmärschen und Exerzierübungen nach militärischem Muster.

Der Harcerze-Verband gibt seit dem 1. Oktober 1924 für seine Mitglieder eine eigene Monatschrift, den „Harcerz Opolski“ heraus, die von dem Bruder des Vorsitzenden Dr. Michalek, Albert Michalek, redigiert und vom „Katolik“ in Beuthen gedruckt wird.

Der Sammlung der polnisch-gefinnten Bevölkerung dienen noch eine Reihe meist kultureller Vereine, die aber rein örtliche Bedeutung haben und durch ihr vereinzeltcs Vorkommen beweisen, daß von einer groß angelegten polnischen Vereinstätigkeit in Deutsch-Oberschlesien zur Zeit noch nicht gesprochen werden kann. An erster Stelle wären die Sokolvereine zu nennen, die unter dem Deckmantel der sportlichen Betätigung national-polnische Aufklärung verbreiten wollen. In ganz Deutsch-Oberschlesien sind bisher 3—4 solcher Vereine vorhanden, die in ganz verschiedenen Gegenden liegen und nur lokale Bedeutung haben. Mehrfache Bestrebungen der letzten Jahre, für die Sokolidce zu werben, sind bisher gescheitert.

Ähnlich steht es mit den polnischen Gesangsvereinen. Im November 1922 erging vom Verbande der schlesischen polnischen Gesangsvereine an die nach Teilung auf deutschem Gebiet verbliebenen Vereine der Aufruf, die polnischen Gesangsvereine wieder zu beleben. Die erhoffte großzügige Wirkung hat diese Aufforderung nicht gehabt. Zur Zeit gibt es etwa 6 bis 7 polnische Gesangsvereine von rein lokaler Bedeutung und ohne wirksamen organischen Zusammenhang. Für die beabsichtigte Bedeutung der Vereine ist es vielleicht von Interesse, darauf hinzuweisen, daß z. B. nach § 4 der Satzung des Gesangsvereins „Gwiasda“ in Mitkutschütz **Politik** im Verein **nicht ausgeschlossen** ist.

Seit jeher hat die polnische Propaganda die Frau in ihre Berechnungen eingestellt und daher auf ihre Organisation in polnischen Frauenvereinen Wert gelegt. Durch Einführung des Wahlrechtes auch für die Frau hat diese für die polnische Be-

wegung eine noch erhöhte Bedeutung gewonnen. Im Sommer 1924 ging der Polenbund daher, nachdem er seine politische Organisation einigermaßen aufgebaut hatte, dazu über, für die Organisation der polnischgesinnten Frauen durch Gründung von polnischen Frauenvereinen zu werben. Den relativ besten Erfolg hat er in dieser Beziehung im Kreise Ratibor erzielt. Es bestehen dort in Stadt und Land zusammen 5 solcher Vereine, die in monatlichen Zusammenkünften für die polnische Idee zu werben versuchen; über eine rein lokale Bedeutung sind auch sie nicht herausgewachsen. Außer in der Ratiborer Gegend gibt es nur noch im Kreise Oppeln zwei, im Industriebezirk einen solchen Verein. Die Mitgliederzahl ist durchweg gering.

Schließlich bestehen noch hier und da örtliche Vereine, die polnisch gefärbt sind, aber nur eine geringe Bedeutung haben.

Wenn der Polenbund die nationalpolitische Bewegung verantern will, kann er sich nicht darauf beschränken, die gemischt-sprachige Bevölkerung Deutschoberschlesiens für die nationalpolnische Kultur und hochpolnische Sprache zu gewinnen. Er muß vielmehr auch bestrebt sein, die für seine Ziele in Betracht kommenden Kreise der Bevölkerung auf wirtschaftlichem Gebiete den deutschen Einrichtungen zu entfremden und sie besonderen national-polnisch gefärbten Institutionen zuzuführen. Denn die Wirtschaft stellt heute mehr denn je einen so großen Machtfaktor mittelbar auch für das politische Leben dar, daß möglichsie wirtschaftliche Unabhängigkeit von den deutschen Einrichtungen eine unerläßliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Entwicklung der national-polnischen Bewegung ist. Andererseits gibt eine straffe Zusammenfassung der in Frage kommenden Kreise in solchen polnischen Wirtschaftseinrichtungen der politischen Organisation natürlicherweise einen festeren und dauerhaften Unterbau. Die national-polnischen Bestrebungen in Oberschlesien zielten deshalb seit jeher darauf ab, in möglichst großem Umfange derartige Wirtschaftszentren zu schaffen und sie zu Stützpunkten der polnischen Bewegung auszubauen, wobei es allerdings mehr auf ihre politische als ihre wirtschaftliche Bedeutung abgestellt war. Die Geschäftsräume dieser Wirtschaftsinstitute stellen zudem die natürlichen Versammlungsorte der polnischen Führer dar. In einem im „Polak“ (Kattowitz, Nr. 142 vom 21./22. Juni 1924) abgedruckten Aufruf des Bankdirektors Malczewski in Ratibor vom 2. Juni 1924 werden die polnischen finanziellen und wirtschaftlichen Einrichtungen geradezu als Vorposten der polnischen Bewegung in Deutschoberschlesien bezeichnet, die unbedingt gehalten werden müssen. „Haben wir diese Vorposten“, so schließt Malczewski seinen Aufruf, „so werden wir das Oppelner Schlesien wie mit Burgen besetzen, und haben wir es besetzt, dann wird es auch unser sein.“

Zu den ihrer Art nach wichtigsten polnischen wirtschaftlichen Stützpunkten gehören die polnischen Banken und Kreditinstitute. Zur Zeit gibt es in Deutschoberschlesien 10 derartige Einrich-

tungen; ihre Gründung fällt allerdings durchweg bereits in die Zeit vor dem Weltkriege. Seitdem sind neue Banken nicht errichtet worden. Die meisten hat die Stadt Beuthen O/S. aufzuweisen: die Bank Przemysławów, die Bank Handlowy und die Bank Gornośląski-Depozytowy, sämtlich Aktiengesellschaften, ferner die Bank Ludowy — Volksbank — (gegründet 1895), die auf genossenschaftlicher Basis errichtet ist. Gerade diese Genossenschaftsbanken spielen wegen ihrer persönlichen Basis für die polnische Propaganda eine große Rolle. Solche Volksbanken in Genossenschaftsform bestehen außer in Beuthen noch in Oppeln (1897), Ratibor (1900), Gleiwitz (1901), Cosel (1903) und Groß-Strehlitz (1908). Die Gleiwitzer Bank Ludowy befindet sich seit einiger Zeit in Liquidation. Schließlich besteht in Oppeln noch als Genossenschaftsbank die im Jahre 1911 gegründete Bank Rolników. Nach den neuesten Nachrichten der polnischen Presse ist die Errichtung einer polnischen Volksbank in Rosenberg noch in diesem Jahre geplant. Abgesehen von der Bank Przemysławów (Handels- und Industriebank), die eine Filiale eines weitverzweigten kapitalkräftigen Unternehmens ist und von Kaufleuten und Gewerbetreibenden bei Abwicklung ihrer Geschäfte ziemlich in Anspruch genommen wird, ist die wirtschaftliche Lage der polnischen Bank- und Kreditinstitute nicht günstig. Durch die Stabilisierung der deutschen Währung haben die Valuta- und Wechselgeschäfte, die die Haupteinnahmequelle dieser Bankinstitute bildeten, beinahe ganz aufgehört. Die vor und während des Krieges getätigten Geschäfte bestanden hauptsächlich in der Ausleihung von Kapitalien auf ländliche Grundstücke, von denen sie auf Grund der Aufwertungsverordnung jetzt nur noch einen Bruchteil zurückerhalten können. Offene, einen größeren Gewinn abwerfende Valutageschäfte wurden und werden von diesen Banken weniger getätigt. Das Kundengeschäft ist zurückgegangen. Der geringe Zuwachs an Spareinlagen hat einen fühlbaren Mangel an flüssigem Kapital zur Folge. Die Banken haben sich deshalb wiederholt bemüht, bei größeren Banken in Polnischoberschlesien Kredit zu erhalten, offenbar ohne großen Erfolg. Dagegen hat es den Anschein, als ob sie nunmehr durch Vermittelung der Polnischen Regierung unter Hinweis auf die große nationale Gefahr eines Zusammenbrechens dieser Vorposten des Polentums in Deutschoberschlesien eine solche finanzielle Unterstützung erfahren haben. Anders kann ihr Fortbestehen ohne merkliche äußere Erschütterungen nicht erklärt werden. Die Anwesenheit des Repräsentanten der Polnischen Regierung in Deutschoberschlesien, des Generalkonsuls in Beuthen, beim 25jährigen Jubiläum der Bank Ludowy in Ratibor am 15. Februar d. Js. gibt in dieser Beziehung zu denken. Einem solchen Hilferuf nach Polen ist der

bereits erwähnte Aufruf des Bankdirektors Malczewski vom 2. Juni 1924, der übrigens die Lage der polnischen Banken und Kreditinstitute interessant beleuchtet, gewidmet. Malczewski, der ja selbst Leiter der Bank Ludowy in Ratibor ist und daher die Lage der polnischen Banken kennen muß, erhebt in diesem Artikel offenen lauten Ruf nach polnischer Hilfe und meint, bei der großen Bedeutung dieser polnischen Wirtschaftsinstitute als Vorposten der polnischen Bewegung in Deutschoberschlesien müsse sich in Polen eine Möglichkeit der Sanierung finden. Insbesondere klagt er über den Mangel an langfristigen Krediten, um die Schulden der polnischen Banken an die deutschen Banken abzahlen zu können. Er bezeichnet die Lage der polnischen Banken in Deutschoberschlesien direkt als traurig und als verständlich, wenn man diese Institutionen nur als Karikaturen von Kreditinstituten anspricht. Dabei fällt er etwas aus der Rolle, indem er ihnen zum Vorwurf macht, daß sie nach der Teilung Oberschlesiens aus ihren Häusern Versammlungslokale und aus ihren Angestellten politische Agitatoren gemacht hätten. Wirklich ein interessantes und vielsagendes Eingeständnis von einem Manne, der selbst an der Spitze der polnischen Bewegung in Deutschoberschlesien steht! Damit hat er unfreiwillig selbst die beste Charakteristik für die Tätigkeit der polnischen Banken ausgesprochen. Ihre Hauptaufgabe war, ist und wird immer die politische Propaganda sein, die wirtschaftliche Betätigung kommt erst in zweiter Linie und ist nur Mittel zum Zwecke, nicht Selbstzweck. Man braucht sich auch nur das finanzielle Fundament der Banken anzusehen, um ihren wirklichen wirtschaftlichen Wert einzuschätzen. Mit die kräftigste Bank der genossenschaftlich organisierten ist die Ratiborer Bank Ludowy. Sie hat aber nach der Bilanz von 1924 ein Depositionskapital von nur 177 643,30 M und ein Betriebskapital von 325 000 M aufzuweisen. Im Jahre 1914 betrug das Betriebskapital 10 000 000 M. Gegenwärtig laufen die Bestrebungen der Polen auf die Gründung einer Zentralbank hinaus, um die geschäftliche Tätigkeit der polnischen Genossenschaftsbanken in Deutschoberschlesien zentralisieren und dadurch unter Arbeitsverminderung bessere Verdienste erzielen zu können. Im Anschluß daran wird die Anerkennung dieser polnischen Zentralbank als Devisenbank erstrebt.

Die Mehrzahl der Genossenschaftsbanken hat überdies kein bankmäßig vorgebildetes Personal.

Betrachtet man das polnische Bankwesen in Deutschoberschlesien im Ganzen, insbesondere die für die nationalpolnische Propaganda in erster Linie in Betracht kommenden Genossenschaftsbanken, so braucht man gegenwärtig, ohne dabei ihren Einfluß zu unterschätzen, die von ihnen drohende nationale Gefahr

nicht so sehr zu fürchten. Es darf dabei allerdings nicht verkannt werden, daß eine Zuführung starker polnischer Geldmittel in die Kanäle der Genossenschaften in Zukunft durch die Möglichkeit der Beleihung von Grundstücken und die Hergabe von Personalkredit labile Elemente den polnischen nationalpolitischen Bestrebungen gefügig zu machen sehr wohl geeignet ist.

Eine verhältnismäßig **praktisch** größere Rolle in der polnischen Bewegung als die Bankgenossenschaften spielen die ländlichen Ein- und Verkaufsgenossenschaften, die sogenannten „Rolniks“. Wie bereits erwähnt worden ist, stellen die kleinbäuerlichen Kreise in den gemischtsprachigen Gegenden Deutschoberschlesiens das günstigste Objekt für die Betätigung der nationalpolnischen Propaganda dar. Die ländliche Bevölkerung ist aus ganz natürlichen Ursachen einer Aufklärung in nationalpolitischem Sinne schwerer zugänglich als die von den großen politischen Fragen stärker berührte Industriearbeiterschaft. Die Besitzverteilung des Grund und Bodens veranlaßt den kleinen Landwirt ferner leicht dazu, in dem deutschen Großgrundbesitzer auch seinen politischen Feind zu erblicken. Eine geschickte Ausnutzung dieser Umstände durch die polnische Propaganda verbunden mit der Gewährung finanzieller Vorteile, für die der Landwirt besonders empfänglich ist, führt die polnischsprechende Bevölkerung fast unbewußt leicht in die polnisch-orientierten kleinbäuerlichen Organisationen, die ihrerseits von den Führern für national-polnische Ziele ausgenutzt werden. Bis vor ganz kurzer Zeit gab es in Deutschoberschlesien vier derartige polnischorientierte ländliche Ein- und Verkaufsgenossenschaften „Rolnik“, und zwar in Oppeln, Ratibor, Groß-Strehlitz und Cosel. Ihre Gründung fällt durchweg in das Jahr 1920. Der Coseler Rolnik bestand von 1920 bis 1923 als Einkaufs- und Absatzverein. Cziffel Kreis Cosel war aus Mangel an Mitgliedern vorübergehend eingegangen und wurde im September 1924 auf Initiative der Bank Ludowy in Cosel erneut ins Leben gerufen. Am 9. August 1925 wurde ein fünfter „Rolnik“ in Gleiwitz gegründet. Er bestand zwar schon früher, war aber in den letzten Jahren völlig stillgelegt, sodaß man ruhig von einer Neugründung sprechen kann.

Zwischen den Rolniks und den örtlichen polnischen Bankinstituten besteht ein sehr enges Verhältnis, das mitunter sogar soweit geht, daß Personalunion zwischen dem Vorstand der Bank und der Ein- und Verkaufsgenossenschaft besteht. Ueberall aber sitzen die Bankleiter, wenn nicht im Vorstand, so im Aufsichtsrat des Rolnik. Der Rolnik in Oppeln zählt zur Zeit 337 Genossen, in Ratibor 386, in Groß-Strehlitz etwa 200 Genossen, in Cosel bedeutend weniger. In letzter Zeit ist eine sehr rege Tätigkeit in den Rolniks beobachtet worden, insbesondere ein ziemlich starker Um-

satz an landwirtschaftlichen Maschinen. Bemerkenswert ist dabei, daß die Rolniks trotz sehr günstiger Zahlungsbedingungen — Zahlungsziele von 3 bis 9 Monaten — die Maschinen billiger abgeben, als andere Firmen dazu in der Lage sind. Dazu kommt aber noch, daß der Rolnik seine Agenten, die ständig das Land bereisen, sehr gut bezahlt und ihnen Provisionen gewährt — bei kleineren Objekten bis 10 %, bei größeren sogar bis zu 20 % —, hinter denen die der Vertreter deutscher Firmen nicht unerheblich zurückbleiben. Angesichts dieser auffälligen Beobachtungen drängt sich für den unvoreingenommenen Betrachter unwillkürlich der dringende Verdacht auf, daß den Rolniks von fremder interessierter Seite mittelbar oder unmittelbar größere Geldbeträge zur Verfügung gestellt werden. Denn aus eigener wirtschaftlicher Kraft können die Rolniks nicht derart verfahren, wenn sie wirklich wirtschaftlich arbeiten wollen. Diese Vorteile finanzieller Art üben natürlich auf die ländliche Bevölkerung eine nicht zu unterschätzende Anziehungskraft aus und stärken so mittelbar die polnische Bewegung. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn auch Leute, die der polnischen Bewegung durchaus ablehnend gegenüberstehen, von diesen Vorteilen Gebrauch machen und, wie mehrfach beobachtet worden ist, gleichfalls vom Rolnik kaufen. Damit erhebt sich aber die nicht zu unterschätzende Gefahr, daß labile Elemente sich durch die von polnischer Seite gewährten wirtschaftlichen Vorteile allmählich ins polnische Lager hinüberziehen lassen.

Der unverkennbare wirtschaftliche Aufschwung der Rolniks läßt sie ihr zunächst auf den An- und Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse, Düngemittel und Maschinen begrenztes Tätigkeitsfeld weiter stecken. Es sind bereits auch Anfänge zum Erwerb genossenschaftlich zu betreibender werbender Betriebe gemacht worden. So stand der Oppelner Rolnik im Herbst 1924 im Begriff, in der Nähe von Oppeln eine Mühle aus Privathand zu erwerben und sie in eine Genossenschaftsmühle umzuwandeln. Die Bestrebungen haben sich aber, offenbar aus Mangel an den erforderlichen Geldmitteln, zunächst wieder zerschlagen. Wie es heißt, sollen die dem Polenbund von interessierter Seite für Wahlpropaganda in Aussicht gestellten Gelder, die zur Hälfte zum Ankauf der Mühle verwendet werden sollten, nicht in genügender Höhe eingegangen sein.

Um ihre gemeinsame Stoßkraft zu stärken und ihre gleichliegenden Interessen besser wahrnehmen zu können, haben sich die polnischen Bankgenossenschaften, die Rolniks und die beiden polnischen Baugenossenschaften (Spółka Budowlana) in Oppeln und Ratibor — zwei Institutionen von geringer Bedeutung — am 1. August 1923 zu einem „Verbande Schlesischer Genossenschaften“ in Form eines eingetragenen Vereins (Związek Spółdzielni

Slaskisch) mit dem Sitze in Oppeln und mit dem Bankdirektor und Vorsitzenden des oberschlesischen Polenbundes, Malczewski, als Vorsitzenden zusammengeschlossen. Mit die Haupttriebfeder zu dieser Vereinigung war wohl das Bestreben, für den Verband das eigene Revisionsrecht gemäß § 54 des Genossenschaftsgesetzes zu erhalten. Bisher hat der Verband das Revisionsrecht jedoch nicht verliehen erhalten.

Daß es in der Hauptsache der eigene wirtschaftliche Vorteil und nicht ideelle polnische Einstellung ist, der die kleinbäuerliche Bevölkerung der gemischtsprachigen Bezirke für den Rolnik einnimmt, zeigt sehr deutlich die Entwicklung der polnischen landwirtschaftlichen Berufsorganisationen, der sog. „Kółko rolnicze“. Bis vor kurzem war seit Ende der Besatzungszeit von derartigen Vereinigungen in Deutschoberschlesien so gut wie nichts zu hören. Um diese bäuerlichen Kreise auch organisch für die polnische Bewegung zu erfassen, ging der Polenbund daher daran, in Anknüpfung an die hier und da noch bestehenden, tatsächlich aber untätigen polnischen landwirtschaftlichen Vereine eine großzügige polnische landwirtschaftliche Berufsorganisation ins Leben zu rufen.

Bereits Ende des Jahres 1923 wiesen die Oppelner „Nowiny Codzienne“ (Nr. 292 von 25. Dezember 1923) in einem „Einen ernste Mahnung für unsere Landwirte“ überschriebenen Artikel unter Ausmalung einer drohenden deutschen Invasion in Form der planmäßigen deutschen Siedlungstätigkeit im Osten auf die Notwendigkeit hin, zur Abwehr dieser Gefahr die polnischen Bauern in polnischen Berufsorganisationen zusammenzufassen. Der polnische Landwirt müsse, wenn er sein Land erhalten, wenn er seinen Besitzstand durch Teilnahme an der Aufteilung des Großgrundbesitzes erweitern wolle, seine eigene polnische Organisation schaffen. Hierzu reichten die Rolniks und die polnischen Volksbanken nicht aus, es müsse vielmehr jedes Dorf seine Berufsorganisation, seinen landwirtschaftlichen Verein haben. Diese Vereine müßten die Plattform werden für die Arbeit an der Vertiefung der beruflichen Ausbildung der polnischen Landwirte und an der Mehrung ihres Wohlstandes. Nachdem zunächst die wirtschaftlichen Gesichtspunkte beleuchtet werden, deckt der Artikelschreiber, hinter dem der Polenbund steht, sein wirkliches Ziel auf; er verspricht sich nämlich von einem Ausbau dieser Berufsorganisation die Bildung einer „Macht, die auch auf den Gang der politischen Ereignisse Einfluß ausüben und eine materielle Stütze der nationalen Bewegung werden würde.“ Diese Propaganda wird in der polnischen Presse in den darauffolgenden Monaten planmäßig fortgesetzt. Am 1. März 1924 beginnt sogar eine Halbmonatsschrift „Gospodarz Wiejski“ (Der Landwirt), eine

besonders auf die Interessen des kleinen Landwirts eingestellte periodische Druckschrift, ihr Erscheinen. Sie soll gleichfalls den Boden für die Idee der polnischen landwirtschaftlichen Vereine vorbereiten. Für die mündliche Propaganda wird beim Oppelner „Rolnik“ ein landwirtschaftlicher Instruktor angestellt, dessen besondere Aufgabe es ist, durch örtliche Besprechungen die Gründung derartiger Vereine vorzubereiten. Alle diese Anstrengungen scheinen jedoch nicht den gewünschten Erfolg gezeitigt zu haben. Der Polenbund entschloß sich daher im Sommer 1924 zu einem stärkeren Propagandamittel. Für den 31. August 1924 wurde in den Rolnik zu Oppeln eine Versammlung der polnischen Landwirte einberufen, zu der man der Anziehungskraft halber sogar den polnischen Landtagsabgeordneten Baczewski als Redner gewonnen hatte. Das Ergebnis dieser Versammlung war die Gründung eines polnischen Bauernbundes, des „Związek Kółek Rolniczych“. Der Zentralvorstand des neugegründeten Verbandes erließ alsbald einen Aufruf, worin er es als Aufgabe der Vereinigung bezeichnete, die in den einzelnen Kreisen bereits bestehenden polnischen landwirtschaftlichen Zirkel (Kółko rolnicze), bei denen es bisher an einem Zusammenarbeiten mangelte, organisch zusammenzufassen und Kreisvertretungen zu schaffen. Der bereits erwähnte „Verband Schlesischer Genossenschaften“ gab öffentlich bekannt, daß er mit dem neugegründeten polnischen landwirtschaftlichen Verbands zusammenarbeiten und seine Mitglieder durch bevorzugte Kreditgewährung unterstützen wolle. Trotz allem hat die darauf einsetzende Propaganda zur Gründung neuer und zur Belebung bereits bestehender polnischer landwirtschaftlicher Zirkel nach den bisherigen Erfahrungen keinen großen Erfolg gehabt. Die ihn anreizenden wirtschaftlichen Vorteile findet der Landwirt bereits in den Rolniks, für Organisationen, deren Wert in dieser Beziehung nicht so fühlbar für ihn in Erscheinung tritt, hat er selten etwas übrig, ein erneuter Beweis, daß nationalpolitische Momente keinesfalls die Hauptursache für die Entwicklung der polnischen Organisationen sind.

Im Zusammenhange mit der Propaganda auf wirtschaftlichem Gebiete muß noch eine Erscheinung erwähnt werden, die an sich in der polnischen Propaganda nichts Neues darstellt. In letzter Zeit soll nämlich beobachtet worden sein, daß die Polen, insbesondere durch Vermittelung gerade der polnischen Bankinstitute und Genossenschaften, versuchen, deutschen Grundbesitz besonders in den Städten aufzukaufen. Nicht selten handelt es sich um Fälle, in denen die polnischen Kreditinstitute an deutsche Grundeigentümer Darlehen gegeben haben und eine inzwischen eingetretene Notlage ihrer Schuldner für ihr Vorgehen auszunutzen bestrebt sind. Zur Zeit läßt sich allerdings über die Stoß-

kraft und den Erfolg dieser Art von Propaganda noch nichts Abschließendes sagen, da die Beobachtungen erst aus jüngster Zeit stammen. Die Bestrebungen finden ihre natürliche Erklärung darin, daß das Polentum darauf abzielt, in Verfolg des Ausbaues seiner Propaganda neue Zellen und Stützpunkte zu schaffen. Insbesondere hat man offenbar erkannt, daß es an einem polnisch orientierten Mittelstand mangelt, und will durch Erwerb städtischer Grundstücke den Boden für die Ansiedlung solcher Elemente schaffen.

Wie wenig bodenständig die nationalpolnische Bewegung in Deutschoberschlesien ist, zeigt die Lage der polnischen Arbeitergewerkschaften. Als in den ersten Jahren dieses Jahrhunderts die polnische Bewegung in Oberschlesien verstärkt einsetzte, wuchsen auch diese Organisationen rasch, weil die geschickt in den Vordergrund gestellte Parole der wirtschaftlichen Verbesserung hier auf geeigneten Boden fiel. Allmählich setzten sich aber die großen deutschen Arbeitnehmerorganisationen durch. Die Arbeiter sahen ihre wirtschaftlichen Interessen bei diesen besser gewahrt und erkannten schneller als die ländliche Bevölkerung, daß es den polnischen Organisationen in erster Linie auf politische Zwecke ankam; es setzte ein Rückfluß zu den deutschen Organisationen ein, und zur Zeit spielen die polnischen Gewerkschaften eine ganz untergeordnete Rolle. In Deutschoberschlesien sind vertreten die Polnische Berufsvereinigung (Zjednoczenie Zawodowe Polskie), mit den deutschen Christlichen Gewerkschaften vergleichbar, und der Polnische Zentralverband (Centralny Związek Polski), etwa mit der Einstellung der deutschen Freien Gewerkschaften. Die Polnische Berufsvereinigung zerfällt in eine Berufsabteilung der Bergarbeiter und in eine solche der Metallarbeiter (oddział górników bzw. metalowców). Der Hauptsitz für Deutschland ist Bochum. An der Spitze des oberschlesischen Bezirks der Berufsabteilung der Bergarbeiter steht der auch im oberschlesischen Landesverbandesvorstande des Polenbundes sitzende Gewerkschaftssekretär Ambrosius Bordzif in Hindenburg, dem noch ein zweiter Sekretär, Witczak, zur Seite steht. Die Berufsabteilung hat im engeren Industriebezirk und in der Stadt Ratibor Zahlstellen und dürfte etwa 1300 zahlende Mitglieder aufzuweisen haben. An der Spitze der oberschlesischen Berufsabteilung der Metallarbeiter steht der Gewerkschaftssekretär Artur Aulich in Gleiwitz, der gleichzeitig dem kollegialen Hauptvorstande der Berufsvereinigung für ganz Deutschland angehört und von ihm auch sein Gehalt bezieht; denn der oberschlesische Bezirk mit kaum 300 zahlenden Mitgliedern wäre dazu gar nicht in der Lage. Besondere Zahlstellen hat die Metallarbeiterabteilung in Oberschlesien daher auch nicht. Die beiden Berufsabteilungen der Polnischen Berufsvereinigung

haben somit in Deutschoberschlesien etwa 1 500 bis 1 600 zahlende Mitglieder. Rechnet man diejenigen Mitglieder hinzu, die lediglich infolge ihrer wirtschaftlichen Lage die Beitragszahlung vorübergehend eingestellt haben, sowie die arbeitslosen Mitglieder, die von der Beitragszahlung befreit sind, so wird man aber auch dann noch nicht viel mehr als 2 000 Mitglieder annehmen dürfen. In den Jahren 1922 und 1923 hatte die Polnische Berufsvereinigung zusammen etwa 2 500 Mitglieder; das waren kaum 7 % der gesamten gewerkschaftlich organisierten Industriearbeiterschaft Deutschoberschlesiens. Als dann infolge des wirtschaftlichen Niederganges in Deutschland die gewerkschaftlichen Organisationen bis zu 60 % ihres Mitgliederbestandes verloren, sank naturgemäß auch die Mitgliederzahl der Polnischen Berufsvereinigung auf unter 1 000 und hat sich erst im letzten Jahre wie die der anderen Gewerkschaften wieder erholt.

Der Polnische Zentralverband, dessen deutschoberschlesische Gruppe der Gewerkschaftssekretär Franz Trombalski in Hindenburg leitet, ist noch unbedeutender als die Polnische Berufsvereinigung und zählt jetzt etwa 400 Mitglieder und zwar nur im engeren oberschlesischen Industriebezirk, nachdem er noch im Jahre 1923 weit über die doppelte Zahl aufweisen konnte.

Ein Ueberblick über die Gesamtlage der polnischen wirtschaftlichen Institutionen in Deutschoberschlesien lehrt uns deutlich, daß ihre Kraft als solche kaum bedeutend ist, und sie angesichts der immer stärker hervortretenden Zentralisation der Wirtschaftsmächte im wirtschaftlichen Kampfe aus sich selbst heraus nicht viel vermögen. Wenn diese wirtschaftlichen Einrichtungen dennoch in ihrem Sondercharakter künstlich am Leben gehalten werden, so müssen es notwendigerweise Erwägungen anderer Natur sein, die ihre Aufrechterhaltung zweckmäßig erscheinen lassen. Der Grund ist ein nationalpolitischer: die Institutionen sollen Stützpunkte für die politische Bewegung abgeben.

Welche Bedeutung der Polenbund bei seiner Propagandaarbeit der Presse beimißt, erhellt aus einem seiner ersten Aufrufe (17. 8. 23), worin es heißt, daß die polnische Presse im Doppelner Schlesien um jeden Preis erhalten werden müsse. Das bisherige Hauptorgan des Polenbundes, die in Oppeln erscheinenden „Nowiny Codziennie“, sind bereits erwähnt worden. Sie werden in der polnischen Verlagsgesellschaft „Nowiny“ in Oppeln gedruckt und von dem gleichfalls schon genannten Redakteur Jankowski, einem gebürtigen Posener, redigiert. Ihr Verbreitungsgebiet ist der mehr ländliche Teil des gemischtsprachigen Gebietes. Die Tendenz dieser Tageszeitung ist scharf nationalpolnisch und regierungsfeindlich. Trotz ihrer verhältnismäßig geringen Auflage — höchstens 1 500 bis 2 000 Exemplare — ist sie für mit den Verhältnissen weniger vertraute Kreise wegen ihrer zweifellos geschickten Aufmachung und fast aus Prinzip betriebenen Verdrehung der tatsächlichen Verhältnisse sehr gefährlich, doppelt gefährlich, aber für die gemischtsprachigen Kreise, die, besonders auf dem Lande, mangels einer objektiven deutscheingestellten Zeitung den Blick für das Wirkliche verlieren müssen und schließlich an das glauben, was ihnen das polnische Hegeblatt als Wahrheit vorsetzt. Für den Ratiborer Bezirk gibt der Verlag „Nowiny“ den „Dziennik Raciborski“ als Kopfblatt der „Nowiny Codziennie“ heraus. Die zweite polnische Tageszeitung ist der im „Katolik“-Verlage in Beuthen O/S. erscheinende „Katolik Codzienny“ (mit der nur dreimal wöchentlich erscheinenden Unterausgabe „Katolik“). Er hat eine Auflage von etwa 3 000 Stück und wird besonders im Industriebezirk gelesen. Seine Tendenz war bisher merklich versöhnlicher eingestellt; Hegeartikel gegen die Deutschen und die Regierung brachte er seltener, jedenfalls bemühte er sich, nach außen hin loyaler zu erscheinen. Im Sommer d. Js. hat nun ein polnisches Konfortium, an dessen Spitze der Graf Sierakowski aus Westpreußen, der Vorsitzende des Polenbundes für ganz Deutschland, steht, das „Katolik“-Verlagsgebäude dem bisherigen Eigentümer Napieralski abgekauft und es zu einem Unternehmen des Polenbundes umgewandelt. Damit hat der Polenbund ein zweites

Presseorgan in seine Hand gebracht, das nach allen Anzeichen dazu bestimmt ist, das führende Organ des Polenbundes und damit der nationalpolnischen Propaganda überhaupt in Deutschland zu werden. Der Umschlag der Tendenz und der Kampfweise ist seit dem Eigentumswechsel ganz augenscheinlich. Der „Katolik Codzienny“ ist nicht nur ganz in das Fahrwasser der „Nowiny Codzienne“ geraten, sondern übertrifft sie fast noch. Ueberhaupt sind die „Nowiny Codzienne“ nur noch ein verspäteter Abklatsch des „Katolik“. Die in dem Ankauf des durch seinen eingewurzelten Leserkreis besonders wichtigen „Katolik“ zu Tage tretenden Zentralisierungsbestrebungen des Polenbundes in Bezug auf die polnische Presse in Deutschland zeigen sich auch darin, daß die Berliner polnische Zeitung „Dziennik Berlinski“ und das Verbandsorgan des Polenbundes, die Zeitschrift „Polak w Niemczech“, jetzt gleichfalls in der dem „Katolik“-Verlage angegliederten „Katolik“-Druckerei, die ebenfalls in den Besitz des Polenbundes übergegangen ist, gedruckt werden. Die Verlegung des Druckes des Oppelner Blattes „Nowiny Codzienne“ nach Beuthen ist wohl auch nur noch eine Frage der Zeit. Die vorübergehende Beschäftigung des Oppelner Redakteurs Jankowski in der Redaktion des Katolik im August und September d. Js. war der Anfang dazu. Hand in Hand mit dem Erwerbe des Katolik-Verlages und der dazu gehörigen Grundstücke in Beuthen geht das Bestreben des Polenbundes, dort ein eigenes Geschäftshaus für sich mit Vereins- und Versammlungsräumen zu schaffen. Zweifellos hat die polnische Propaganda mit dieser Maßnahme sich einen neuen starken Stützpunkt in einem für sie sehr wichtigen Bezirke schaffen können.

Schließlich erscheint noch in Hindenburg alle zwei Wochen die polnisch-sozialistisch eingestellte Zeitung „Proletariusz“, sie tritt jedoch gegenüber den anderen polnischen Blättern vollkommen zurück.

Entsprechend ihrer Bedeutung für die polnische Propaganda ist die Presse andererseits ein Spiegel für die wirklichen Tendenzen der polnischen Bewegung. Bei aller geübten Vorsicht, möglichst geschickt zu operieren, kommen doch nicht selten Entgleisungen vor, die den Schleier vor den wahren Absichten des Polenbundes lüften.

Die polnische Propaganda hat seit jeher Kirche und Religion in unwürdiger Weise in den politischen Kampf hineingezerrt. Die oberschlesische Bevölkerung ist wegen ihres stark ausgeprägten Gefühlslebens und ihrer tiefen Religiosität für eine geschickte Ausnutzung religiöser Fragen auf politischem Gebiete um so mehr empfänglich, als sie die Erinnerungen der Kulturkampfzeit nicht so schnell vergessen hat. Die polnische Propaganda wendet sich an die polnisch-sprechende Bevölkerung und stellt ihr vor, daß eine wahrhaft religiöse Erziehung nur in der polnischen Sprache gewährleistet sei; sonst werde sich die Zahl der Glaubensfeinde ständig vermehren und die Jugend den Gottlosen und Ungläubigen ausgeliefert. Im Zusammenhang damit wird ständig über die systematische Zurückdrängung der polnischen Gottesdienste und ihren Ersatz durch deutsche geklagt, diesen aber in dürren Worten fast jeder religiöse Wert abgesprochen. „Der Hauch der Erstarrung beginnt in unser Land einzudringen“, ruft die polnische Presse aus, „das deutsche Gebet ist erzwungen und damit wertlos für die religiöse Erbauung, die deutschen Predigten sind programmäßige Reden, die niemanden berühren“. Und weshalb dieser Aufruhr, der mit wahrer Religiosität und christlicher Nächstenliebe nichts gemein hat? Weil man dazu übergeht, auch der deutschsprechenden Bevölkerung wenigstens einige deutsche Gottesdienste im Jahre zu gewähren. Denn das kann gegenüber den Verdrehungen der polnischen Presse nicht nachdrücklich genug betont werden, im gesamten gemischtsprachigen Gebiet hat die polnisch-sprechende Bevölkerung durchweg ihren ständigen polnischen Hauptgottesdienst, den man ihr gar nicht zu nehmen gedenkt. Und wenn dann für die deutschsprachigen Parochianen ein oder zwei Mal im Monat oder selbst nur im Vierteljahr ohne Benachteiligung der polnischen Gottesdienste ein besonderer deutscher Frühgottesdienst oder eine deutsche Predigt eingeführt wird, erhebt die polnische Presse ein Geschrei, das sich sogar zu einem solchen Grade der Unduldsamkeit steigert, daß behauptet wird, die polnischen Parochianen hätten die Kirchen für Fremde erbaut. Der tiefere Grund für dieses Hineinzerren interner kirchlicher

Fragen in die Tagespolitik erhellt aus den damit verbundenen gehässigen Angriffen gegen die, wenn auch der polnischen Sprache mächtige, aber deutschgesinnte katholische Geistlichkeit. Die polnischen Führer suchen die deutschgesinnte Geistlichkeit nach jeder Richtung hin bei der gemischtsprachigen Bevölkerung herabzusetzen. Den Geistlichen, die der polnischen Bewegung nicht durch die Tat sympathisch gegenüberstehen, wird Mißbrauch der Religion zu politischen Zwecken vorgeworfen. In Wirklichkeit ist es die polnische Propaganda und der Polenbund, auf die dieser Vorwurf zurückfällt. Ein einziges, aber desto krasser Beispiel dürfte zum Beweise hierfür genügen. Als man im Jahre 1922 für die Reichs- und Landtagswahl eine parteipolitische Organisation schuf, wählte man für sie die Bezeichnung „Polnisch-katholische Volkspartei“. Später änderte man diesen Namen in „Polnische Volkspartei“, um, offenbar auf großpolnischen Einfluß hin, eine Partei zu haben, in der man alle Polen, ohne Rücksicht auf politische und religiöse Einstellung, erfassen konnte. Diese Uenderung erwies sich jedoch bei den späteren Wahlkämpfen im Mai und September 1924 insofern als nachteilig, als der Polnischen Volkspartei die vorzugsweise Vertretung katholischer Interessen, auf die sie sich ja besonders berief, mit Recht abgesprochen wurde. Der Polenbund sah eines seiner wichtigsten Propagandamittel gefährdet und nahm schnell wieder die Bezeichnung „katholisch“ an, wobei er — die frühere Uenderung gleichsam rechtfertigend — erklärte, eigentlich habe es dieses Zusatzes nie bedurft, denn polnisch und katholisch sei gleichbedeutend.

Der Polenbund weiß sehr gut, daß er kein Mittel sparen darf, um gerade in Oberschlesien möglichst viel Wahlstimmen auf die polnische Liste zu vereinigen. Denn angesichts der Wahlkreiseinteilung in Deutschland und Preußen wird hier in Oberschlesien stets die Entscheidung darüber fallen, ob es in den Parlamenten überhaupt polnische Abgeordnete gibt oder nicht, und eine auch noch so geringe Vertretung im Parlament ist für die Polen eine nicht zu unterschätzende Unterstützung ihrer Propagandaarbeit. Daneben suchen sie selbstverständlich auch in die provinziellen und kommunalen Wahlkörperschaften einzudringen, wo je nach der Stärke der Vertretung dieser Einfluß sich unter Umständen sehr unheilvoll auswirken kann.

Betrachtet man die polnische Propaganda in Deutschoberschlesien zusammenhängend in allen ihren Mitteln, Wegen und Erscheinungen, so wird dem nüchternen, unvoreingenommenen Beobachter das künstlich Gezwungene der ganzen Bewegung überzeugend gewahr. Man spürt auf Schritt und Tritt die allein treibende Kraft des Polenbundes und das Wirken fremder Elemente, die einem künstlich errichteten Gebilde den Stempel der Bodenständigkeit aufzudrücken bemüht sind. Immer und immer wieder stößt man auf dieselben wenigen Personen, die auf den verschiedensten Gebieten in den mannigfachsten Formen als Regisseure wirken, und man wird geradezu gedrängt zu dem Schlusse: **Ohne Polenbund und seine landfremden Führer keine polnische Bewegung in der jetzt beobachteten Form.** Und da ist die weitere Folgerung, daß die Entfaltung einer solchen Bewegung doch nicht Selbstzweck sein kann, etwas zwangsläufig Gegebenes. Denn was hätten die nichtoberschlesischen polnischen Führer für ein Interesse daran, der oberschlesischen gemischtsprachigen Bevölkerung ihre angeblich nationale Eigenart zu bewahren, wenn nicht ein tieferer Grund die Erklärung hierfür geben könnte. Die nationalpolnische Bewegung in Oberschlesien kann demnach nur Mittel zu einem, der breiten Masse der Bevölkerung zunächst nicht erkennbaren, den Führern aber sehr wohl deutlich vorschwebenden weiter gesteckten Ziele sein. Denn trotz gelegentlicher entgegengesetzter Behauptungen und Beteuerungen erstrebt der Polenbund etwas ganz anderes als das, was er sich nach seinen Satzungen und programmatischen Erklärungen als Aufgabe gesetzt hat, nämlich die Vertretung der Interessen der Angehörigen der Minderheit und die Wahrung der ihnen in der Reichsverfassung und im Genfer Vertrage zugesicherten national-kulturellen Rechte. Bei aufmerkamer Verfolgung der als Organ und Sprachrohr des Polenbundes anzusehenden Presse sowie nach Erklärungen des Polenbundes selbst und der von ihm in einer Reihe von Fällen eingenommenen Haltung muß man zwangsläufig zu der Ueberzeugung kommen, daß er nicht in erster Linie und nicht allein sich die Vertretung der Interessen der Minderheit angelegen

sein lassen will, sondern daß er vielmehr teils offen, teils versteckt die von dem Polnischen Staat mehr oder weniger eindeutig verfolgte imperialistische Politik unterstützt, alles danach beurteilt, ob es für den Polnischen Staat dienlich ist, und letzten Endes eine Angliederung des deutsch gebliebenen Teiles von Oberschlesien an Polen nicht nur begrüßen würde, sondern darüber hinaus auch für eine solche mit allen Mitteln, die nicht allzu offen nach Hochverrat aussehen, zum mindesten geistige Pionierarbeit leistet. Offenbar möchte der Polenbund in der Erkenntnis, daß eine Teilung Oberschlesiens schon aus wirtschaftlichen Gründen auf die Dauer untragbar ist, die Grundlagen für eine künftige Propaganda auf Zuteilung von ganz Oberschlesien an den Polnischen Staat durch Polonisierung von ganz Deutschoberschlesien vorbereiten.

Recht drastisch trat diese Tendenz anlässlich der Presseerörterungen über die Äußerung des britischen Ministerpräsidenten Mac Donald in Genf betreffend den Irrtum bei der Teilung Oberschlesiens hervor, als die polnischen Blätter in Polen diese Bemerkung in der Weise behandelten, daß sie den Irrtum nicht in Abrede stellten, aber meinten, er beruhe darin, daß nicht ganz Oberschlesien zu Polen gekommen sei. Die polnischen Blätter Deutschoberschlesiens, voran die Oppelner „*Nowiny Codzienne*“, druckten diese Ausführungen ab und gingen sogar dazu über, in eigenen Ausführungen, allerdings vorsichtig und versteckt, den gleichen Standpunkt zu vertreten.

Die gleiche Tendenz zeigen die Angriffe der polnischen Presse und des Polenbundes gegen die frühere Zugehörigkeit des Oberpräsidenten der Provinz Oberschlesien zum Oberschlesischen Hilfsbund und seine wiederholt zum Ausdruck gebrachte Stellungnahme zur Teilung Oberschlesiens. Wenn der „*Katolik*“ in Nr. 211 vom 11. September 1924 sich zu der Behauptung versteigt, das sei bezeichnend für die Beurteilung des Verhältnisses der Regierung des Oppelner Schlesiens gegenüber der polnischen Minderheit, wenn der Polenbund es für richtig erachtet, dieser Erklärung des Oberpräsidenten einen ziemlich breiten Raum in einer der angeblich ungerechten Lage der Minderheit in Deutschoberschlesien gewidmeten Denkschrift einzuräumen, so muß jeder sachlich denkende Mensch zu der Ueberzeugung gelangen, daß der Polenbund und seine Anhänger in dem Bekenntnis dieser Ansicht eine Verletzung ihrer Interessen erblicken. Diese Interessen können aber dann keine anderen sein als die des Polnischen Staates; denn eine Revision der Grenzlinie könnte Deutschland, dessen Staatsbürger auch die Angehörigen der Minderheit sind, nur Vorteil, Nachteil dagegen nur Polen bringen. Wenn der Polenbund bezw. sein Sprachrohr, die „*Nowiny Codzienne*“ (vergl. Nr. 226 vom

28. September v. Js.), es demgegenüber fertig bringt, in einem Atemzuge seine Loyalität und die Vertretung der Interessen des Deutschen Reiches zu behaupten und die Bekämpfung der Politik auf Wiedervereinigung von ganz Oberschlesien mit Deutschland ganz offen zuzugestehen (vgl. auch Nr. 229 der Nowiny Codzienne vom 2. 10. 24), und als Begründung hierfür sich auf das Interesse der polnischen oberschlesischen Bevölkerung und auf das Interesse der Genfer Konvention, als ob diese Selbstzweck wäre, beruft, so bedarf es wohl keines weiteren Beweises für die direkt staatsfeindlichen Tendenzen des Polenbundes.

In diesem Zusammenhange darf auch das auffällig warme, jeden sachlichen Urteils bare und die Klärung der Angelegenheit nicht abwartende Eintreten des Polenbundes für die im Frühjahr und Sommer 1924 wegen Hochverrats verhafteten Insurgenten in der Presse und bei sonstiger Gelegenheit nicht vergessen werden.

Mitunter enthüllt sich der Polenbund aber noch deutlicher. In seinem Leitartikel in Nr. 66 vom 22. März 1923 erklärt sein Sprachorgan, die „Nowiny Codzienne“: **„Uns in Deutschland wohnende Polen gehen in erster Reihe die Ziele der polnischen Staatspolitik an, auch die der deutschen Politik, aber nur manche.“** Und aus Anlaß des Jahrestages der polnischen Konstitution (3. Mai, gleichzeitig Beginn des 3. oberschlesischen Polenaufstandes!), den zu feiern der Polenbund sich bezeichnender Weise nie entgehen läßt, erläßt er im Jahre 1924 sogar folgenden offiziellen Aufruf:

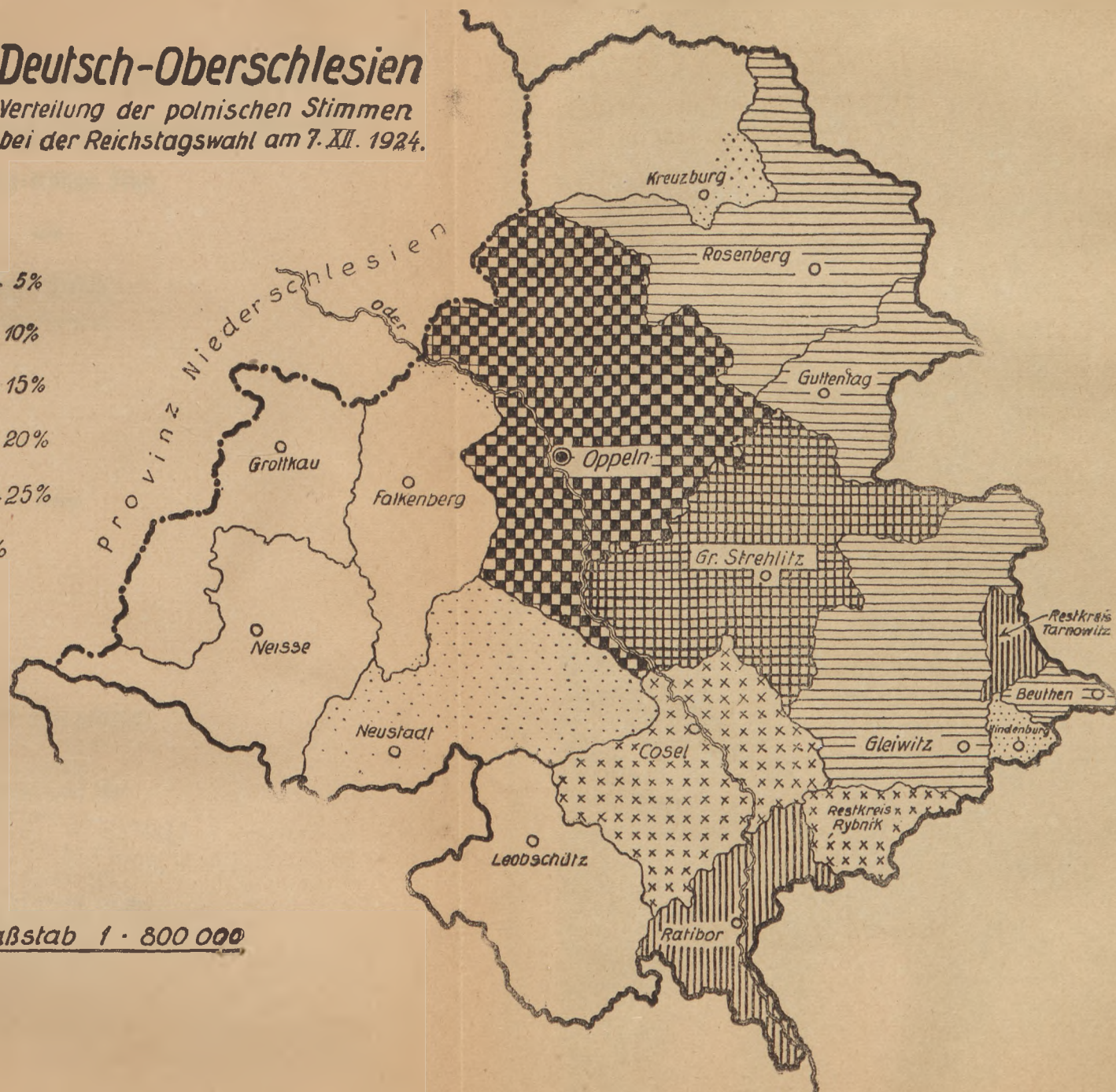
„Als Teil der polnischen Nation werden auch wir Schlesier an dieser Feier teilnehmen. Aber mit Rücksicht auf den sich gerade abspielenden Kampf um unser Dasein und unsere Rechte in Deutschland sind wir genötigt, unsere Beteiligung an dieser Feier zu beschränken. Am Sonnabend, den 3. Mai, werden jeder Kreis, jede Gemeinde, jedes polnische Haus wie auch jedes polnische Individuum für einige Augenblicke ihre Tätigkeit unterbrechen und an Polen denken, den verflochtenen Jahrhunderten huldigen und der Asche der Schöpfer der ewig denkwürdigen Tat, die als solche in der Weltgeschichte nicht ihres Gleiches hatte und hat, ihre Verehrung darbringen.“

(cf. Nowiny Codzienne Nr. 97 vom 27. 4. 24.) Es hat allerdings den Anschein, als ob gewisse Kreise im Polenbunde diesen weitgesteckten staatsfeindlichen Tendenzen abgeneigt wären und sich gern damit begnügen wollten, lediglich eine Interessenvertretung der polnischsprechenden Minderheit unter vollster Wahrung der Loyalität gegenüber der deutschen Regierung zu sein.

Diese Kreise haben aber offenbar keinen maßgeblichen Einfluß gegenüber den geschilderten Tendenzen der führenden Majorität.

Damit enthüllt sich für uns die Gefahr der staatsfeindlichen Tendenz der polnischen Bewegung in ihrer ganzen Größe, doppelt verwerflich, weil sie zum Objekt sich eine Bevölkerung erkoren hat, die von Haus aus mit solchen Bestrebungen nicht das mindeste gemein hat. Unzufriedenheit mit den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen und der radikale Drang nach Abhilfe, nicht nationalpolitische Momente, sind es gewesen, die f. Zt. der polnischen Propaganda letzten Endes den Boden bereitet und ihre Erfolge möglich gemacht haben. Erst mußte der Schaden eintreten, ehe man das erforderliche Verständnis dafür aufbrachte. Aufgabe einer weitschauenden, klugen und geschickten Staatspolitik ist es, ohne dabei etwa den Bestrebungen des Polenbundes gegenüber an Wachsamkeit nachzulassen, für eine weitere Besserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse unter Berücksichtigung der kulturellen Bedürfnisse der Eigenart der oberschlesischen Bevölkerung Sorge zu tragen; damit wird der polnischen Propaganda am besten der Boden entzogen.

*Verteilung der polnischen Stimmen
bei der Reichstagswahl am 7. XII. 1924.*



Maßstab 1 : 800 000